



Mitgliederzeitung der SP Schweiz
125 • CH Februar 2012 AZB 3001 Bern

Edouard Rieben



Im Service der Sozialdemokratie

Generalsekretär Thomas Christen hat von der SP Schweiz ins EDI gewechselt. Mit «links» hat er über seine Jobs gesprochen, über anstehende Debatten in der SP und seinen ersten Fernsehauftritt.

Seiten 2 bis 4

DOSSIER



Schon wieder soll die Politik fehlbare Banken retten. Ohne **glaubwürdige Weissgeldstrategie** bietet die SP jedoch nicht Hand dazu.

Seite 7

AKTUELL



Am 11. März, dem Jahrestag der Atom-Katastrophe in Fukushima, findet in Mühleberg der «**Menschenstrom gegen Atom**» 2012 statt.

Seite 13

AKTIV



Auf dem verschneiten Üetliberg diskutierten junge Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten über **Organizing-Ansätze** und deren Nutzen für die Arbeit in der SP.

Seite 17

«Generalsekretär war für mich im

Nach zehn Jahren hat Thomas Christen die SP Schweiz verlassen und ist nun persönlicher Mitarbeiter von Bundesrat Alain Berset. «links» hat Thomas zu einem letzten Gespräch getroffen.

Thomas, du wirst persönlicher Mitarbeiter von Bundesrat Berset. Ist das die logische nächste Sprosse auf der Karriereleiter?

Nein, als das sehe ich es nicht. Als Generalsekretär habe ich es immer als Privileg betrachtet, mich auch beruflich für meine Überzeugungen einsetzen zu können. Diese Chance werde ich als Berater von Alain Berset weiterhin haben, wenn auch in einem ganz anderen Umfeld. Insofern ist der Wechsel für mich persönlich ein logischer Schritt.

Es ist wohl kein Zufall, dass Alain Berset den Generalsekretär der SP zu seinem persönlichen Berater gemacht hat ...

Auch Bundesrätinnen und Bundesräte sind Mitglied einer Partei. Alain wurde als SP-Parlamentarier in den Bundesrat gewählt und ist ein SP-Bundesrat. Aber selbstverständlich ist es ein Unterschied, ob man in einer Legislative oder in einer Exekutive politisiert. Ein Bundesrat muss kompromissbereiter und konsensorientierter sein als eine Parlamentarierin.

... was die Partei nicht immer freuen dürfte.

Es ist vorhersehbar, dass es gerade in der Sozial- und der Gesundheitspolitik auch zu Spannungen mit der Partei kommen wird. Aber ich sehe es als grosse Chance, dass die SP das Departement des Innern übernommen hat. In den letzten Jahren waren wir gezwungen, hauptsächlich Abwehrkämpfe zu führen, weil wir mit unseren Vorschlägen nicht durchdringen konnten. Wir mussten uns auf die Bekämpfung von Abbauvorlagen beschränken. Jetzt haben wir die Chance, zu gestalten, etwas zu bewegen, und das ist viel spannender,

als nur abzuwehren. Wir haben in der Vergangenheit oft genug gesehen, dass reine Abbauvorlagen beim Volk nicht durchkommen. Jetzt haben wir die Möglichkeit, in diesem Departement mit sozialverträglichen Reformen etwas zu erreichen. Aber es wird nicht einfach – die Mehrheit im Bundesrat und im Parlament ist bekanntlich nicht links.

Was wirst du in deinem neuen Job vermissen?

Ich freue mich enorm auf meine neue Aufgabe – aber ich glaube, ich werde die Zeit auf dem SP-Sekretariat auch etwas vermissen. Generalsekretär war für mich immer ein Traumjob, weil er unglaublich vielseitig ist. Der Generalsekretär ist einerseits Personalverantwortlicher – er führt gewissermassen ein KMU mit 25 Mitarbeitenden. Auf der anderen Seite ist er politisch-strategisch tätig, ist Mitglied von Präsidium und Geschäftsleitung. Dann vertritt er die Partei gegen aussen, und schliesslich ist er für die organisatorische Weiterentwicklung der Partei zuständig. Diese Kombination verschiedener Aufgaben fand ich sehr spannend.

Zu deinen Überzeugungen wirst du dich in Zukunft wohl kaum mehr öffentlich äussern dürfen – wird dir das fehlen?

Das ist einer der Unterschiede zwischen einem Generalsekretär und einem Berater: Als Generalsekretär konnte und musste ich klare Meinungen in der Öffentlichkeit vertreten, als Berater werde ich da zurückhaltender sein ... Aber ich glaube nicht, dass mir die öffentliche

Aufmerksamkeit fehlen wird. Die stand für mich nie im Vordergrund.

Die SP muss jetzt eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger für dich finden. Das wird nicht einfach ...

Für jemand, der sich täglich mit Politik auseinandersetzen und etwas bewegen will, die Werte der Partei teilt und – was für mich immer zentral war – an die Veränderungskraft der Politik glaubt, ist es eine enorm spannende Stelle. Ich bin sicher, dass es innerhalb der Partei oder in anderen Organisationen einige Personen gibt, die die Voraussetzungen für den Job erfüllen.

Du hast einmal gesagt, du würdest innerhalb des politischen Spektrums der SP ziemlich genau in der Mitte stehen. Ist das Voraussetzung für einen Generalsekretär oder eine Generalsekretärin?

«Ich habe es immer als Privileg betrachtet, mich für meine Überzeugungen einsetzen zu können.»

In einem gewissen Sinne schon. Die SP muss eine breite linke Volkspartei sein. Es braucht zwei wahrnehmbare Flügel, die durchaus als solche auch auftreten und sich organisieren. Das ist für die Partei sehr wichtig, damit sie lebt, damit sie argumentative Auseinandersetzungen führen kann. Es braucht aber auch eine starke Mitte. Dazu sollten Parteileitung und Generalsekretariat gehören. Auch um in ihrer Funktion integrierend wirken zu können.

Kannst du denn die SP mit gutem Gewissen übergeben?

Die SP steht momentan gut da. Wir hatten eine schwierige Zeit rund um die Wahlen 2007. Das



September 2005 We proudly present: Thomas Christen, frisch gewählter Generalsekretär der SP Schweiz.



26. September 2007 Betretene Gesichter – Hans-Jürg Fehr und Thomas Christen bei der Analyse der Wahlniederlage.



12. Dezember 2007 Aufregung in der Bundeshaus-Fraktion nach der Abwahl von Bundesrat Christoph Blocher.

mer ein Traumjob»

gesamte Präsidium hat danach intensiv an der Neupositionierung der Partei gearbeitet. Es hat personelle Erneuerungen gegeben, aber auch organisatorische und inhaltliche. Nach den Wahlen 2011 mit den sieben Sitzgewinnen in Nationalrat und Ständerat sowie den Bundesratswahlen, die ebenfalls sehr gut gelaufen sind, ist jetzt auch ein schöner Moment zum Gehen. Die Partei ist in einem Aufschwung und ich bin überzeugt, dass wir diesen Schwung über die nächsten Jahre mitnehmen können. Wir wollen und müssen als Partei weiter wachsen, auch prozentual wieder. Die Voraussetzungen dafür sind gut.

Was steht für die SP in nächster Zeit an?

Wenn ich jetzt wieder die Arroganz der Banken sehe und die Tatsache, dass die Anliegen des Finanzplatzes die Politik immer noch dominieren ... Und gleichzeitig stelle ich fest, dass der Werkplatz vor grundlegenden Problemen steht und eine Deindustrialisierung mit Arbeitsplatzabbau droht, dann scheint es mir richtig, dass die Partei auf dem eingeschlagenen Kurs bleibt: Konzentration auf die Sozial- und die Wirtschaftspolitik, Positionierung als breite linke Volkspartei. Und gleichzeitig muss die SP als einzige grosse Partei in der Linken auch immer wieder neue Akzente setzen, neue Themen diskutieren. So werden wir ja in den nächsten Monaten eine Migrationsdebatte führen.

Bist du froh, dass sie jetzt kommt, wo du gehst?

Überhaupt nicht. Ich werde die Debatte als Parteimitglied verfolgen, sie ist spannend und notwendig. Wir haben jetzt einige Jahre Erfahrung mit der Personenfreizügigkeit und sehen, dass es in gewissen Bereichen Probleme gibt. Lohndumping etwa oder viel zu hohe Mieten.

Es ist wichtig, dass wir darüber diskutieren, was wir gegen diese Probleme tun können.

Die Debatte wird aber auch über die Personenfreizügigkeit hinausgehen ...

Das wird sie. Die Auseinandersetzung mit der Personenfreizügigkeit ist wichtig, weil der grosse Teil der Migration aus der EU erfolgt. Die Debatte wird aber sicher auch die Asylpolitik umfassen. Es ist wichtig, dass die SP auch Fragen, die nicht immer nur einfach sind für die Partei, ohne Scheuklappen angeht, sie diskutiert und schlussendlich auch eine konsolidierte Position hat.

Die Diskussion wird das politische Spektrum der SP in seiner vollen Breite sichtbar machen ...

Das ist sicher so, ja. Die SP ist in wirtschafts- oder sozialpolitischen Fragen sicher homogener als in der Asyl- und der Migrationspolitik,

«Die Partei ist in einem Aufschwung, den wir über die nächsten Jahre mitnehmen können.»

das ist kein Geheimnis. Das heisst aber nicht, dass man sie deshalb umgehen soll.

Besteht nicht die Gefahr, dass die Problemstellung von der SVP übernommen wird?

Die SVP ist in dieser Diskussion Brandstifter und nicht Feuerwehr. Sie hatte nie das Interesse, etwas zur Lösung beizutragen. Das Einzige, was sie will, ist: Probleme bewirtschaften, um diese dann demagogisch für ihre Kampagnen zu brauchen. Davon dürfen wir uns nicht beeindrucken lassen. Wir haben sicher kein Interesse, Probleme herbeizureden, wo es keine gibt. Dort aber, wo es sie gibt, dürfen wir auch nicht die Augen verschliessen: Es



Andy Tschümperlin ist neuer Fraktionspräsident

Andy Tschümperlin (49), Schwyzer Nationalrat und bisheriger Vizepräsident der SP-Bundeshausfraktion, übernimmt ab der kommenden Frühjahrsession die Leitung der Bundeshausfraktion der SP. Andy Tschümperlin sitzt seit 2007 im Nationalrat. Seit 2008 ist er Vizepräsident der SP-Bundeshausfraktion. Er gehört der Staatspolitischen Kommission (SPK-N) sowie der Geschäftsprüfungskommission (GPK-N) an. Nach der Wahl des bisherigen Vize-Präsidenten Alain Berset in den Bundesrat galt es ausserdem auch das Fraktions-Vizepräsidium neu zu bestellen. Gewählt wurden die Basler Ständerätin Anita Fetz und der Waadtländer Nationalrat Roger Nordmann. Die bisherige Fraktionspräsidentin Ursula Wyss hatte ihren Rücktritt im November 2011 angekündigt.

Kampfjets: SP verlangt sofortigen Marschhalt

Seit Wochen beschäftigt der diffuse Kampfjet-Handel, wie ihn VBS-Chef Ueli Maurer und die Luftwaffe vorbereitet haben, die Medien. Es scheint offensichtlich, dass dem Bundesrat beim Kaufentscheid wichtige Fakten bewusst vorenthalten wurden. Die SP beharrt darauf auf einem Marschhalt: Der Bundesrat muss dringend ein Machtwort sprechen und den Kauf neuer Kampfjets so lange auf Eis legen, bis die Geschäftsprüfungskommission GPK die Affäre um die Kampfjet-Evaluation minutiös aufgearbeitet und geklärt hat.

SP-Migrationspapier

Die SP Schweiz erarbeitet zurzeit ein neues Positionspapier zum Thema Migration. Ende März wird der Entwurf des Papiers der Geschäftsleitung der SP Schweiz vorgelegt. Zudem sind eine spezielle Tagung für MigrantInnen und eine Fachkommissions-Sitzung zum Thema geplant. Zwischen April und Juni haben dann die Sektionen die Möglichkeit, das Papier zu diskutieren und zuhanden des Parteitags Anträge zu stellen. Verabschiedet wird das Migrationspapier schliesslich am ordentlichen Parteitag im September 2012.



Oktober 2010 Kampagne zur Steuergerechtigkeits-Initiative – der Chef himself zeigt dem Steuerbschiss die rote Karte.



7. September 2011 Nach dem Rücktritt von Micheline Calmy-Rey. Ihr Nachfolger Alain Berset sollte Thomas Christens neuer Chef werden.

SMS-TALK



Stefan Hostettler (44),
Leiter Abteilung Politik SP Schweiz,
Generalsekretär ad interim
Interview: Julia Kruppenacher

Du wirst ja jetzt Interims-Generalsekretär und somit vorübergehend unser Chef, freust du dich?

Klar mischt sich die Freude mit Respekt vor der Aufgabe und der anstehenden Doppelbelastung. Aber ja, ich freue mich.

Wir freuen uns auch! Was wird deine erste Amtshandlung sein, ein Stellenantrittsapéro? Oder bessere Fenster für unser Büro ☺?

Ja, die Fenster sind wirklich ein Thema. Der Entscheid, ob wir unser Sekretariat baulich aufrüsten oder allenfalls umziehen, wird eine der ersten Aufgaben sein.

Was wird neu sein für dich an der Arbeit als Generalsekretär?

Neu hinzu kommen die Bereiche Administration und Kampagnen sowie die Zusammenarbeit mit Präsidium und GL – das ist recht viel Neues ;)

Allerdings! Zusammen mit deinem Job als Fachsekretär gibt das dann ein 200% Pensum ... Du musst deine Arbeit lieben ;)

Ja, es ist nicht nur spannend, sondern macht auch noch Spass. Was will man noch mehr?

Wohl wahr! Aber da bleibt nicht gerade viel Freizeit... Wie schaffst du dir einen Ausgleich?

Fürs Joggen unter der Woche ist gesorgt, wenn ich morgens und abends in letzter Minute aufs Perron hetze. Richtige Freizeit bleibt aber nur am Wochenende.

Also Handy und PC aus am Wochenende! Warum bewirbst du dich eigentlich nicht als Generalsekretär? Wär doch ideal!

Ideal ist es nicht. 2x täglich 90 min. nach Winterthur pendeln und meine Kinder sehe ich teils nur noch im Pyjama. Es ist wirklich nur eine Übergangslösung. Familieninteressen haben Vorrang!

Ist denn sicher, dass ihr bis Juni jemand Passendes findet?

Natürlich ist Thomas schwer zu ersetzen. Aber reizvoll ist doch der Posten allemal, oder findest du nicht?

Auf jedenfall! Wie ich gehört habe, hat Thomas auch als Praktikant in der Abteilung Kampagnen und Kommunikation angefangen... Gebt mir noch ein paar Jahre, dann bewerbe ich mich ;)

Ist das quasi eine Bewerbung per SMS? Ja, wo sonst sind heute noch solche TellerwäscherInnen-Karrieren möglich!?

Da fällt mir nur Hollywood ein ;) So, dann wünsch ich dir nun einen guten Start!

gibt Lohndumping, es gibt Wohnungsknappheit und die Asylverfahren sind zu lang. Die Antworten, die wir darauf liefern, müssen sozialdemokratische Antworten sein. Meines Erachtens kann die Lösung nicht in einer Beschränkung der Migration liegen. Sie muss in unserem bewährten Erfolgsrezept liegen: dass Öffnung immer mit flankierenden Massnahmen, mit sozialem Schutz, begleitet wird. Der soziale Schutz muss aber vom Arbeitsmarkt auf den Wohnungsmarkt ausgeweitet werden. Und wir dürfen nicht mit einer Tiefsteuerpolitik Unternehmen anziehen, welche ihre ganze Belegschaft mitnehmen und damit zwar keine neuen Arbeitsplätze schaffen, aber gleichzeitig die Wohnpreise in die Höhe treiben.

Die Diskussion wurde lange Zeit hinausgeschoben. Fehlen der Basis dadurch nicht die Argumente?

Das ist tatsächlich so – es ist ein Problem, wenn man sich mit bestimmten Themen nicht auseinandersetzt. Es ist wichtig, dass die SP ihre Schwerpunkte bei der Sozial- und der Wirtschaftspolitik hat, es ist aber auch wichtig, dass man Themen wie Sicherheitspolitik, Migrationspolitik oder Asylpolitik ebenfalls breit diskutiert, damit wir Antworten erarbeiten und formulieren können. Die ganze Migrationsdebatte wurde in den letzten Jahren von rechts dermassen angeheizt, dass man manchmal das Gefühl hatte, viele Parteimitglieder stünden mit dem Rücken zur Wand oder fürchteten sich vor der Debatte. Das darf nicht sein.

Die SP war in den letzten Jahren ziemlich auf die Schweiz fixiert. Bietet die Migrations-Diskussion auch die Chance, wieder eine etwas internationalistischere Perspektive einzunehmen?

Ein wichtiges Thema. Ich bin überzeugt, es sollte unabhängig von der Migrationsdebatte wieder mehr im Vordergrund stehen. Eine der grössten Herausforderungen der nächsten Jahre für die internationale Sozialdemokratie und auch für die SP Schweiz wird es sein, das Primat der Politik zurückzuerobern. Nicht irgendwelche multinationalen Unternehmen sollen die Politik bestimmen und auch nicht die Finanzmärkte, sondern die Bürgerinnen und Bürger. Solange sich aber die Politik auf den nationalen Raum beschränkt, wird es in einer globalisierten Welt immer schwieriger, politisch zu gestalten. Darum ist es wichtig, den internationalistischen Gedanken wieder mehr in den Vordergrund zu rücken und zu sagen: Wir brauchen gemeinsam mit den Nachbarländern und innerhalb der EU Regeln, um zu verhindern, dass Multis das Sagen haben.

Folgt auf die Migrationsdebatte also die EU-Debatte?

Die Frage, wie ein Nationalstaat damit umgeht, dass immer mehr Probleme international angegangen werden müssten, wird in den nächs-

ten Jahren sicher wieder mehr im Vordergrund stehen. In der Schweiz kann diese Debatte relativ einfach dingfest gemacht werden – es geht um die Zukunft der Schweiz innerhalb der EU. Ich bin nach wie vor überzeugt: Gerade aus linker Perspektive ist es enorm wichtig, sich für demokratisch legitimierte Regeln einzusetzen, die über den nationalen Raum hinaus gehen. Und das muss zwingend in der EU sein.

Apropos Debatte: Du hast viele Debatten mitbekommen, Wahlkämpfe und Kampagnen. Woran erinnerst du dich gerne, woran lieber nicht?

Gerne erinnere ich mich an wichtige Abstimmungen, welche die SP gewinnen konnte, etwa die Mutterschaftsversicherung, die Kinderzulagen, das Partnerschaftsgesetz oder die abgewehrten Angriffe auf AHV und BVG. In positiver Erinnerung bleiben mir auch die verschiedenen Bundesratswahlen: Die eigenen, bei denen wir jeweils mit ausgezeichneten Kandidaturen antreten und die beiden Sitze verteidigen konnten. Aber auch an die Gesamterneuerungswahlen im letzten Jahr sowie 2007 mit der Nichtwahl von Christoph Blocher. Weniger schön waren die Wahlen 2007. Das war eine schwierige Zeit und ich habe es als extremen Vertrauensbeweis angeschaut, dass ich meine Arbeit als Generalsekretär weitermachen und mithelfen konnte, die Partei wieder neu aufzustellen. Dass das jetzt 2011 auch zu einem guten Resultat geführt hat, freut mich sehr.

Und deine Lieblingserinnerung?

Woran ich immer gerne zurückdenke, ist der Anfang meiner Arbeit bei der SP Schweiz in der campa03, als wir mit dem Plakat «200 000 suchen Arbeit. Und CVP-Deiss geht baden» die Passivität von Volkswirtschaftsminister Deiss in der wirtschaftlich schwierigen Phase kritisierten.

Das Plakat hat enorm polarisiert, auch innerhalb der Partei ...

Das stimmt. Es war in den Sommerferien und es gab Genossen, die von Mailand aus im Fernsehen das Plakat kritisierten, andere von Norddeutschland. In diesem Zusammenhang hatte ich auch meinen ersten Auftritt im «10vor10». Ich war jung und unerfahren. Es war ein katastrophaler Auftritt: im grauen Polo-Shirt, verschwitzt und defensiv. Aber irgendwann konnten wir dank dem Plakat auch über den Inhalt sprechen. Aus Kampagnensicht war es ebenfalls erfolgreich, das Plakat blieb noch lange in Erinnerung. Und auch ich habe einiges gelernt: Graue Polo-Shirts trage ich jedenfalls nicht mehr.



Nein zur Bausparinitiative

Dank Steuerabzügen soll vor allem der Mittelstand mehr Geld ansparen und so Wohneigentum erwerben können. Die Bauspar-Vorlage nützt aber nur den Reichen und produziert durchs Band Verlierer.

Millionen Schweizerinnen und Schweizer wünschen sich ihre eigenen vier Wände und erhoffen sich davon ein Stück Autonomie und Selbstbestimmung sowie eine gesicherte Altersvorsorge. Wen wundert es da, dass eine Bausparinitiative, die eine Erleichterung für den Mittelstand beim Erwerb von Wohneigentum verspricht, populär ist. Entscheidend beim Kauf von Wohneigentum ist unter anderem das Eigenkapital. Die Faustregel besagt: Rund 20 Prozent des Kaufpreises müssen selber erbracht werden, der Rest wird über Hypotheken finanziert. Mit der Bausparinitiative soll das Ansparen von Eigenkapital durch Steuerabzüge erleichtert werden. Nur: Genau um den vermeintlich eingesparten Betrag würden die Immobilienpreise wieder steigen. Die Steuerersparnis wird nämlich sozusagen «eingepreist», denn auf dem Immobilienmarkt gilt: Der Käufer zahlt, was er kann – und nicht, was er will. Bausparen wirkt folglich kostentreibend und ist deshalb wirkungslos.

■ **Verlierer Mittelstand** Die Initiative würde vor allem den Reichen nützen, die überproportional von Steuerermässigungen profitieren. Ein Beispiel: Wenn Ehepaar A von einem Einkommen von 40 000 Franken 20 000 Franken abziehen kann, spart es

rund 1000 Franken Steuern. Ehepaar B dagegen, das ein Einkommen von 200 000 Franken hat, spart rund 7000 Franken Steuern. Dieses Beispiel ist allerdings fiktiv – tiefe und mittlere Einkommen können gar nicht so viel Geld sparen. Laut Bundesamt für Statistik kann ein Haushalt mit 126 000 Franken Bruttoeinkommen im Schnitt 15 700 Franken sparen. Das ist etwas mehr, als er in die steuerbefreite dritte Säule einzahlen kann. Das zusätzliche Bausparen von 30 000 Franken kann also gar nicht genutzt werden. Wer kann denn schon für 3. Säule und Bausparen zusammen 43 000 Franken pro Jahr zur Seite legen? Sicher nicht der Mittelstand oder jüngere Leute, die angeblich von der Initiative profitieren sollen. Die

Tiefe und mittlere Einkommen können gar nicht so viel Geld sparen.

durch das Bausparen anfallenden Steuerausfälle wiederum werden durch eine Erhöhung der Einkommenssteuer kompensiert, was ebenfalls zulasten des Mittelstands geht.

■ **Verlierer Fiskus** Die berechneten Steuerausfälle belaufen sich auf gut 130 Millionen bei Bund und Kantonen. Schon jetzt ist der Fiskus grosser Verlierer des Steuersystems rund ums Wohneigentum: durch den tiefen Eigenmietwert, kombiniert mit hohen Abzugsmöglichkeiten von Schuldzinsen, Umbau- und Unterhaltskosten. Weitere Mittel entgehen dem Staat durch die steuerliche Befreiung der Beiträge in die Säule 3a, die übrigens genau wie die Ersparnisse in der 2. Säule für Wohneigentum vorbezogen werden können. Wohneigentum wird so schon jetzt massiv vom Fiskus gefördert.

■ **Verlierer Mietende** Da Bausparen immer kostentreibend wirkt, verlieren auch die Mietenden. Je höher nämlich die Immobilienpreise sind, desto höher sind die Mieten.

Lose-lose-lose-Situation

Weder Staat noch Mieterinnen noch Käufer profitieren. Und auch Eigentümer gewinnen nichts. Zwar können sie durch die preistreibende Wirkung des Bausparens ihre Immobilie teurer verkaufen. Wollen sie aber einen Ersatz kaufen, legen auch sie drauf. Die höheren Preise wiederum erhöhen sowohl die Grundstücksgewinnsteuer als auch den Eigenmietwert. Auch die Idee, Bausparen löse mehr Investitionsvolumen aus, entpuppt sich als Mär. Zwar kann mehr angespart werden, durch die preistreibende Wirkung des Bausparens wird jedoch kein einziges Haus mehr gebaut.

Selbstbewohntes Wohneigentum ist grundsätzlich eine gute Sache und die Wohneigentumsquote steigt Jahr für Jahr. Die Hypothekenvolumen haben sich in den letzten zehn Jahren von 300 auf 600 Milliarden Franken verdoppelt. Es gibt aber keinen einzigen Grund, Wohneigentum mit einer zusätzlichen Steuer-subsidierung zu fördern. Umso weniger, als die «Förderung» das Gegenteil von dem bewirkt, was sie eigentlich will. Besser angelegt wäre das Steuergeld in der Expansion von Wohnungsgenossenschaften, denn das ist die Eigentumsform der Zukunft.



Jacqueline Badran
ist Nationalrätin aus Zürich

PAROLEN DER SP

Nein zur Bauspar-Initiative

Ja zur Buchpreisbindung

Ja zur Initiative «6 Wochen Ferien für alle»

Ja zur Initiative «Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen»

Ja zum Bundesbeschluss zur Regelung der Geldspiele

Ex-Press



Risiko Schuldenbremse

Die Schuldenbremse verpflichtet den Bund, Einnahmen und Ausgaben über den Konjunkturzyklus hinweg im Gleichgewicht zu halten. Seit ihrer Einführung in der Schweiz 2003 sind die Schulden zwar zurückgegangen, doch eine nähere Analyse zeigt: Dafür verantwortlich ist gar nicht die Schuldenbremse.

«Die Schweizer Schuldenbremse wird zum europäischen Vorbild» titelte im Dezember 2011 der «Tagesanzeiger». Gerade hatten sich fast alle EU-Staaten auf härtere Regeln für die Staatsverschuldung geeinigt. Dass ihnen die Schweiz als Vorbild diene, ist auf den ersten Blick durchaus verständlich: Seit 2003, dem Startjahr der Schuldenbremse beim Bund, ging die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote von 54,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2003 auf 38,7 Prozent im Jahr 2010 zurück. Im selben Zeitraum sank die Quote des Bundes von 28,3 auf 20,3 Prozent. Das sieht wirklich nach einer grossen Erfolgsgeschichte aus.

Eine nähere Analyse zeigt aber, dass der Konsolidierungserfolg grossenteils gar nicht direkt durch die Schuldenbremse bedingt war. Denn die Finanzpolitik des Bundes hat schon seit 1993 einen straffen Konsolidierungskurs verfolgt. Dieser hat sich seit Einführung der Schuldenbremse nicht wirklich verschärft. Richtig fruchten

konnte er aber erst mit dem Rückenwind der guten Konjunktur ab 2004: Von 1991 bis 2002 lag die durchschnittliche Wachstumsrate des realen BIP bei schwachen 1 Prozent pro Jahr, von 2003 bis 2010 bei stattlichen 2,4 Prozent. Der unerwartete Aufschwung hat die zügige Rückführung der Defizite erst ermöglicht. Die grossen Konsolidierungserfolge erweisen sich somit im Wesentlichen als Ergebnis glücklicher Umstände.

Zwei Risiken

Zudem verbergen sich hinter dem vermeintlichen Erfolgsmodell mindestens zwei grosse Risiken: Erstens wird die Schuldenbremse bei einem länger andauernden Konjunkturabschwung oder einem unerwartet starken Einbruch der Einnahmen zu einer krisenverschärfenden Sparpolitik führen. Die bisherigen Regelgrenzen lassen dem Bund bei stärkeren Krisen zu wenig Spielraum. Dies zeigte sich schon 2003, als vorübergehend höhere Defizite gesetzlich zugelassen werden mussten. Eine schwerere Konjunkturkrise könnte sich daher zu einer ernsthaften Bewährungsprobe für die Schuldenbremse entwickeln. Angesichts der sich verschlechternden Konjunkturprognosen

Die Schuldenbremse darf nicht zur Konjunktur- und Investitionsbremse werden

könnte die Bewährungsprobe sogar unmittelbar bevorstehen.

Zweitens kann sich die Schuldenbremse leicht zu einer öffentlichen Investitionsbremse entwickeln. Das Verbot, öffentliche Investitionen über Kredite zu finanzieren, erspart den kommenden Generationen zwar die Last der Staatsverschuldung, also die von ihnen zu leistenden Zinszahlungen. Es enthält ihnen aber auch den Nutzen aus einem höheren öffentlichen Kapitalstock und damit höhere Produktivität und ein höheres Wachstum vor. Die Entwicklung der gesamtstaatlichen öffentlichen Investitionen ist denn auch bereits extrem schwach. Würde sie sich fortsetzen, wäre mittelfristig eine deutliche Schwächung des Wachstumspotenzials der Schweizer Volkswirtschaft und damit – entgegen der Absicht der Schuldenbremse – eine Belastung der nächsten Generationen zu befürchten.

Die schweizerische Finanzpolitik sollte daher Massnahmen zur Stärkung der konjunkturpolitischen Handlungsfähigkeit und der öffentlichen Investitionen ergreifen. Dazu gehören neben Korrekturen am Konjunkturberichtigungsverfahren und am Ausgleichskonto erstens die Bereitschaft, in einer Krise die bestehenden Ausnahmeregelungen auch in Anspruch zu nehmen. Zweitens sollten die öffentlichen Investitionen in geeigneter Definition von der Schuldenbremse ausgenommen und übermässige Überschüsse auf dem Ausgleichskonto zur Finanzierung von Investitionsprojekten nutzbar gemacht werden.

STUDIENAUFTRAG DER SP-FRAKTION

Als Reaktion auf das geplante Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungsprogramm des Bundesrates hat die SP-Fraktion 2011 einen Studienauftrag mit folgender Fragestellung vergeben:

- Welches sind die Folgen eines überambitionierten Konsolidierungskurses für die schweizerische Volkswirtschaft?
- Inwieweit führt in der Schweiz die Schuldenbremse zu einem Verzicht auf notwendige Investitionen, was sich über kurz oder lang als wachstums- und wohlstandsmindernd auswirken wird?
- Welche Korrekturen und Massnahmen drängen sich auf, um die Finanzpolitik so auszurichten, dass sie wirklich auch im Interesse der nächsten Generationen ausfällt?

Bei der Suche nach geeigneten Autoren fiel die Wahl auf das IMK Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf, weil das Team um Gustav Horn und Achim Truger bereits in verschiedenen Gutachten Schuldenbremsen und deren Wirkung untersucht hat. In Deutschland setzten sich Ökonominen in letzter Zeit detaillierter mit der schweizerischen Finanzpolitik auseinander, weil die schweizerische Schuldenbremse Inspiration war für die deutsche Schuldenregel, die nun wiederum in ganz Europa Anwendung finden soll.

Die Studie des IMK im Auftrag der SP-Fraktion wurde am 26. Januar den Medien vorgestellt.

www.spschweiz.ch/studie_schuldenbremse



Achim Truger ist Referatsleiter Steuer- und Finanzpolitik am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf

Weissgeldstrategie

Wieder soll die Politik fehlbare Schweizer Banken retten. Ohne eine Garantie jedoch, dass die Banken künftig nur noch versteuerte Gelder aus dem Ausland annehmen dürfen, darf die SP dazu nicht Hand bieten.

Wer als Privatunternehmen das Risiko falsch einschätzt, muss die Konsequenzen tragen. Das muss auch für die Banken gelten. Der Miteigentümer der Bank Wegelin, Konrad Hummler, propagierte mit markigen Worten offensiv das Geschäftsmodell mit den unversteuerten Geldern – zulasten der betroffenen Staaten, denen die hinterzogenen Steuern im Staatshaushalt fehlen. Hummler unterschätzte dabei, wie die bürgerlichen Parteien auch, die harte Gangart der US-Justiz auch über die Grenzen der USA hinaus.

Das Ultimatum der SP

Elf Banken sind momentan im Visier der US-amerikanischen Justiz, weil sie nach dem Fall UBS weiterhin Schwarzgelder von US-Kunden übernommen haben. Mit einer Nachbesserung des Doppelbesteuerungsabkommens mit den USA, das die Amtshilfe erleichtert, versprechen sich die Banker eine Entlastung vom Druck der USA. Die SP darf dazu nicht Hand bieten, solange nicht klar ist, dass die Banken inskünftig keine unversteuerten Auslandsgelder mehr annehmen. Zur Rettung des Schweizer Finanzplatzes braucht es einen grundlegenden Kurswechsel. Für Neugeld muss eine verbindliche Erklärung oder Bestätigung vorliegen, dass die Gelder versteuert sind. Wie das geht, hat uns Liechtenstein in einem Vertrag mit Grossbritannien vorgemacht. Nach einer Übergangsfrist müssen auch die alten Schwarzgelder auf

Schweizer Konten der Besteuerung zugeführt oder sonst aus der Schweiz abgezogen werden. Gesichert werden muss auch, dass fehlbare Banker nicht mehr zu Wiederholungstätern werden können.

Glaubwürdige Weissgeldstrategie

Mit diesen Bedingungen will und kann die SP die längst fällige Weissgeldstrategie durchsetzen. Bundesrätin Widmer-Schlumpf muss den Tatbeweis dafür erbringen. Seit der Anerkennung der OECD-Richtlinie mit der Aufhebung der Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und -hinterziehung sind immerhin drei Jahre vergangen. In diesen drei Jahren hat es der Bundesrat verpasst, griffige Regelungen gegen die Schwarzgelder einzuführen.

Jetzt braucht es Nägel mit Köpfen. Damit wird die Schweiz zu einer glaubwürdigen Verhandlungspartnerin. Das Bankgeheimnis darf nicht länger zur Steuerhinterziehung missbraucht werden. Das schadet dem Werk- und dem Finanzplatz. Das Bankgeheimnis mache fett und impotent, meinte der verstorbene Bankier Hans J. Bär bereits 2004. Und wir wissen heute: Das Steuerhinterziehergeheimnis verhindert nicht nur die nötigen Effizienzsteigerungen. Es macht die Schweiz auch erpressbar. Und das schadet dem ganzen Land. Wann endlich lernen das auch CVP und FDP? Bei der SVP ist Hopfen und Malz verloren. Sie vertritt die Interessen der Boni-Banker und nicht die der Schweiz.



Susanne Leutenegger Oberholzer
ist Nationalrätin aus Baselland

KNALLROT

Barbara Berger
Zentralsekretärin
SP Frauen Schweiz,
barbara.berger@sp-frauen.ch



Menschenrechte!

Tunesien wurde im Vorfeld des arabischen Frühlings von internationalen Finanzinstituten und Entwicklungsanalysen als vielversprechend eingestuft, mit grossen Fortschritten im Wirtschaftswachstum und in der Armutsbekämpfung. Das Land war dabei, zum Top-Reform-Land zu werden, das in seiner Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte als vorbildlich galt. Gleichzeitig machten Menschenrechtsorganisationen auf politische Repression, Korruption, mangelnde Meinungsäusserungsfreiheit und Arbeitsrechte, die fehlende unabhängige Justiz und auf Folter und Zensur aufmerksam.

Die Linse zoomte jedoch auf Markt, Entwicklung und Investitionen und zollte den Menschenrechtsstandards der Gleichheit und der bürgerlichen, politischen, sozialen und ökonomischen Rechte aller kaum Aufmerksamkeit. Die AnalystInnen hatten Recht in ihrer Beurteilung der ökonomischen Indikatoren, aber sie vergassen die essenziellen Fragen zu stellen. Diesen Eindruck hatte ich auch, als ich von der OECD-Studie zur Integration in der Schweiz las. Drei Viertel der AusländerInnen in der Schweiz sind arbeitstätig, deshalb sei die Integration geglückt, so der Tenor der Presse. Wie es wohl mit der Beurteilung der bürgerlichen, sozialen und politischen Rechte aussieht?

Navi Pillay, UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, erklärte in ihrem Blog im Dezember, den sie mit «Das Gebot aus Tunis» betitelt, sowohl Regierungen als auch internationale Organisationen müssten aus den arabischen Revolutionen lernen. Indem sie die Menschenrechte in die Wirtschafts- und Entwicklungspolitik integrieren. Dabei sind sie sowohl die Basis für die gute Regierungsführung zu Hause als auch für politische Verbindlichkeit auf der internationalen Bühne. Das wäre ein Ansatz für die bundesrätliche Legislaturplanung!

Die Frauenkoordination vom 10. März widmet sich diesem Thema, indem sie die Migrationspolitik auf der Basis der Menschenrechte und die Auswirkungen des jetzigen Rechts auf Frauen untersucht. Zudem präsentiert Natalie Trummer, Co-Geschäftsleiterin Terre des Femmes, ihre Sicht auf den arabischen Frühling und Auswirkungen auf die Frauenrechte. Alle SP-Mitglieder sind herzlich eingeladen.

www.sp-frauen.ch/de/treffpunkte.html
www.huffingtonpost.com/navi-pillay



FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

Die SP Schweiz sucht für ihr Zentralsekretariat per 1. Juli 2012 oder nach Vereinbarung eine oder einen neue/n

GENERALSEKRETÄRIN/GENERALSEKRETÄR

Ihre Aufgabe

- Sie sind in dieser Leitungsfunktion in enger Zusammenarbeit mit dem Parteipräsidium zuständig für die Weiterentwicklung, Planung, Koordination und Umsetzung der politischen Arbeit der Partei.
- Sie leiten das Zentralsekretariat personell, organisatorisch sowie finanziell und vertreten es auch gegen aussen.
- Sie sind für die fachliche und organisatorische Unterstützung der Parteigremien sowie das umfassende Controlling (Finanzen, Termine, Pendenzen) verantwortlich.
- Sie sind für die organisatorische Weiterentwicklung der Partei als nationale Bewegung zuständig.

Ihr Profil

- Sie verfügen als politisch denkende Persönlichkeit über Führungserfahrung und ausgeprägte Sozialkompetenz.
- Sie haben ausgewiesene Erfahrung in Projektarbeit sowie gute Organisationsfähigkeit.
- Sie sind mit den Zielen und Werten der Sozialdemokratie vertraut und fühlen sich diesen Idealen verpflichtet.
- Sie verfügen über fundierte Kenntnisse über politische Abläufe und sind mit den Funktionsweisen des politischen Alltags vertraut.
- Sie kommunizieren gerne und gekonnt und zeichnen sich durch ein grosses Verhandlungsgeschick aus.
- Sie verfügen über einen Hochschulabschluss oder eine vergleichbare Ausbildung.

Wir bieten eine herausfordernde und spannende Aufgabe mit der Möglichkeit, an führender Stelle einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg der Partei leisten zu können. Gute Sozialleistungen und ein angemessener Lohn gehören selbstverständlich dazu.

Wenn Sie diese Aufgabe reizt, dann senden Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen bis am 15. März 2012 an: bewerbung@spschweiz.ch oder an SP Schweiz, Stefan Hostettler, Postfach 7876, 3001 Bern.
Ergänzende Auskünfte erteilt Ihnen gerne Stefan Hostettler, Generalsekretär ad interim, 031 329 69 63.



Bezahlbare Bücher für alle statt für wenige



www.ja-zum-buch.ch

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

61

Diktatur der Finanzmärkte, EU-Krise und Widerstand

Herrschaft des Finanzkapitals; EU-Wirtschaftsregierung; Geschlechterdemokratie; Griechenland unter Troika-Diktat; EU-Verfassungspolitik; Unternehmensgewinne und Staatsschulden; Gewerkschaften und Eurokrise; Reichtum und Armut; Finanztransaktionssteuer; EU-Rohstoffpolitik; EU-Beitritt und Souveränität

J. Bischoff, A. Scheele, K. Dräger, G. Kritidis, G. Kassimatis, H.-J. Bieling, W. Vontobel, R. Herzog, H. Schächli, V. Pedrina, N. Imboden, R. Erne, U. Mäder, P. Wahl, P. Niggli, G. Trepp, H.-J. Fehr

Diskussion

R. Bossart: Atheismus und Religionskritik
C. Goll: Gewalt gegen Frauen
H. Schui: Zukunft der Wirtschaftsdemokratie
P. Angele et al.: Gewerkschaftliches Organizing

216 Seiten, Fr. 25.- (Abonnement Fr. 40.-)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, 8031 Zürich
Tel./Fax 044 273 03 02

vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

LINKSRUM WÄHLEN

Vertreter des sozialen und fortschrittlichen Thurgaus

Claudius Graf-Schelling ist seit zwölf Jahren unser Regierungsrat. Er ist klar sozial, reformorientiert und glaubwürdig. Genau so ist auch seine Politik, die er im Thurgauer Regierungsrat vertritt. Das ist nicht immer einfach, denn Claudi ist der einzige linke Vertreter in diesem Gremium. Aber er bleibt sich und seinen Anliegen treu. All seine Verpflichtungen als Regierungsrat, als Vorsteher des Departementes für Justiz und Sicherheit meistert er mit Bravour.

Mit seiner ruhigen, kompetenten und seriösen Arbeit erzielt er immer wieder spektakuläre Erfolge:

Als Justizminister setzte er die Bezirks- und Justizreform um. Die seit 1798 bestehenden Bezirke wurden erstmals in der Geschichte des Kantons Thurgau überprüft und verändert. Aus den ursprünglich acht Bezirken bildete man neu fünf bevölkerungsmässig ausgeglichene Bezirke. Gleichzeitig führte man die grösste Justizreform in der Geschichte des Kantons Thurgau durch. Unter der umsichtigen Leitung von Claudi wurde diese auf den 1. Januar 2011 zeitgerecht, kostengünstig und sozialverträglich eingeführt.

Erst durch die erfolgreiche Volksabstimmung vom 29. November 2009 kam diese Bezirks- und Justizreform zustande. Claudi war am Abstimmungsabend so erleichtert, dass er meinte: «Das ist ein Datum, das ich nie mehr vergessen werde – es ist sozusagen mein zweites Geburtsdatum!»

Die überholte Volkswahl der Grundbuchverwalter und Notare wurde abgeschafft. Claudi bereitete die Abstimmung perfekt vor und gewann sie am 23. Oktober 2011. Mehrere Vorgänger von Claudi (so Hermann Bürgi und Roland Eberle) bissen sich an diesem Projekt die Zähne aus.

Die Umsetzung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes ist ein weiteres grosses Geschäft, das Claudi schon länger beschäftigt und im wahrsten Sinne des Wortes auf Trab hält. Die Vorbereitung dieser Vorlage, die Beratungen in der Kommission und im Grossen Rat waren kein Zuckerschlecken für ihn. Viele Bürgerliche wa-



© zvg

ren der Ansicht, dass bei der Umsetzung, bei den Stellen und den Löhnen für das neu einzustellende Personal gespart werden könne. Es bleibt zu hoffen, dass im Verlaufe der Umsetzung nun endlich alle merken, dass es sich beim neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht um eine grundsätzliche Weichenstellung handelt. Wenn dieses Gesetz gut umgesetzt wird, dann sind viele Probleme, die sich in den letzten Jahren aufgestaut haben, endlich gelöst. Unter der Leitung von Claudi wird auch das gelingen!

Als oberster Hüter der Strasse ökologisierte er die Strassenverkehrsabgaben auf der Grundlage der Energieetikette, und die Gebühren des Strassenverkehrsamtes konnten um 1,5 Millionen Franken reduziert werden. Dies bei einer weiterhin hundertprozentigen Kostendeckung.

Als schneller und kompetenter Umsetzer führte Claudi im Kanton Thurgau ein gut funktionierendes elektronisches Grundbuch ein. Während im Kanton Zürich und einigen anderen Kantonen noch immer ein Datenchaos herrscht und Millionen in den Sand gesetzt wurden, kann sich der Thurgau zurücklehnen – hier funktioniert's seit April 2006.

Im April 2011 wurde zudem das Auskunftsportal Terravis für Banken, Versicherungen und Pensionskassen aufgeschaltet. Damit hat unser Kanton einmal mehr die Nase vorn.

Kantonale Ausweisstellen: Im 2010 erfolgte die zeitgerechte Umstellung auf biometrische

Ausweise. Seit 2011 befindet sich die kantonale Ausweisstelle an kundenfreundlicher und zentraler Lage nur wenige Schritte vom Bahnhof Weinfelden entfernt.

Als oberster Polizist stärkte Claudi die Kantonspolizei massiv und gezielt. Das Korps wurde von 330 auf 384 aufgestockt. Dies kommt der Sicherheit aller in unserem Kanton zugute. Ein modernes Polizeigesetz wurde Ende 2011 vom Grossen Rat angenommen.

Als oberster Jäger und Fischer hegt und pflegt Claudi auch den Kontakt zu Jägern und Fischern und verbessert die Bedingungen für diese. Sie erbringen grosse und gemeinwirtschaftliche Leistungen. Für die Jäger erfolgte im Jahr 2010 bereits die zweite Pachtzinsreduktion.

Als Aussenminister des Kantons vertritt Claudi den Thurgau in der Internationalen Bodensee Konferenz und in der Konferenz der Kantonsregierungen, wo er von 2006 bis 2010 dem leitenden Ausschuss angehörte. Seit 2002 ist er im Vorstand der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren. Seit 2009 präsidiert er die Konferenz der Ostschweizerischen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren. Eine gut funktionierende Zusammenarbeit mit den andern Kantonen und dem benachbarten Ausland ist ihm ein wichtiges Anliegen.

Claudi leistet als Regierungsrat im Departement für Justiz und Sicherheit hervorragende Arbeit, die über die Parteigrenzen hinweg anerkannt wird.

Er ist ein Organisationstalent, ein Politiker mit reicher Erfahrung, ein Vertreter des offenen, sozialen und fortschrittlichen Thurgaus.

Claudi setzt sich für alle statt für wenige ein.

Er ist unser Regierungsrat, und das soll er auch für die nächsten vier Jahre bleiben.

Deshalb freuen wir uns, wenn er am 11. März als SP-Regierungsrat wiedergewählt wird.

Renate Bruggmann
Fraktionspräsidentin SP und
Gewerkschaften



Konzentration: Ja, aber wie?

Im März steht mit dem Bericht «Standortkonzentration Berner Fachhochschule (BFH)» ein auch innerhalb der SP umstrittenes Geschäft auf der Traktandenliste des Grossen Rats. Unsere Regierungsrätin und die SP-Stadtpräsidenten der drei Standorte präsentieren hier ihren Standpunkt.

Die Zukunft der BFH steht auf dem Spiel

Im Jahre 2009 hat der Regierungsrat beschlossen, die Berner Fachhochschule an einem oder zwei Standorten zu konzentrieren. Nach einer langen Standorteva-



luation hat er sich für eine Teilkonzentration in Biel und Bern entschieden.

Der Entscheid des Regierungsrates ist wohlüberlegt, gut geprüft und für die BFH die beste Lösung. Diese steht in harter Konkurrenz mit anderen Fachhochschulen. Ihr Nachteil: Sie ist heute auf 26 Standorte verzettelt. Die Konkurrenz hingegen verfügt über moderne Campus an zentralster Lage. Ohne Konzentration steht langfristig die Existenz der ganzen BFH auf dem Spiel. In einem ersten Schritt soll in Biel ein neuer Campus Technik geschaffen werden. Mit der Konzentration der Techniksparten in der «Innovationsstadt» Biel lassen sich Synergien erzielen und Raumkosten sparen. Die Chancen für einen nationalen Innovationspark in Biel steigen. In einem zweiten Schritt werden die restlichen Bereiche in Bern konzentriert. Die Kommission fordert nur einen kleinen Campus Technik und Informatik (ohne Bau und Architektur). Die übrige Zusammenführung sei nochmals zu prüfen. Dies ist keine zukunftsfähige Lösung und zementiert letztendlich den Status quo. Für die Zukunft der BHF ist es deshalb wichtig, dass die SP-Fraktion im März für die regierungsrätliche Lösung stimmt.

Barbara Egger-Jenzer Regierungsrätin

Bern braucht eine starke Fachhochschule!

Dazu muss sich die BFH an den Bedürfnissen der Studierenden, der Dozierenden, der Wirtschaft und der Forschung ausrichten. Sie muss neben dem Unterricht



auch Angebote in Forschung, Dienstleistungen und Weiterbildung anbieten. Diese verlangen eine zeitgemässe Infrastruktur sowie eine konzentrierte Organisation, die echtes interdisziplinäres Arbeiten fördert. Die BFH mit ihren 26 Standorten riskiert den Anschluss zu verlieren, was zum Schaden des ohnehin bereits um seine Bedeutung kämpfenden Wirtschaftsstandortes Kanton Bern wäre.

Industriell ist unser Kanton vor allem in der Hightech- und Präzisionsindustrie stark und die Unternehmungen brauchen qualifizierte Fachkräfte, welche die BFH ausbildet. Doch ausgerechnet in den technischen Disziplinen weist die BFH heute die grösste räumliche Verzettelung auf!

Die grösste Konzentration von High-Tech-Unternehmungen findet sich in der Region Biel-Seeland-Berner Jura und die Stadt Biel kann ein den Bedürfnissen des Campus Technik der BFH perfekt entsprechendes Grundstück direkt am Bieler Bahnhof rasch zur Verfügung stellen. Ein Entscheid für die Teilkonzentration der BFH mit einem Campus Technik im zweisprachigen Biel/Bienne ist ein Entscheid, welcher den Kanton Bern insgesamt stärkt!

Erich Fehr Stadtpräsident Biel/Bienne

Mehr Bildung statt Beton

Wir wollen die BFH konzentrieren, damit sie konkurrenzfähig bleibt. Die Regierung verfolgt aber die falsche Strategie. Neubauten für mehr als 600 Millionen Franken



sind für den finanzschwachen Kanton Bern zu teuer. Der Konzentrationseffekt ist zu gering und kommt teilweise zu spät. Die BFH in Bern bleibt mehr als zehn Jahre lang auf zahlreiche teure Mietliegenschaften verstreut, während in Burgdorf kantonseigene Infrastrukturen an bester Lage leer stehen. Das ist weder im Sinne der BFH noch des Kantons, noch seiner Regionen.

Für Innovation muss viel in Qualität von Lehre und Forschung sowie ins Management investiert werden. Dieses Geld fehlt, wenn zu teuer gebaut wird. «Mehr Bildung statt Beton», «haushälterisch handeln ohne Luxus» und «optimieren vor investieren» heissen unsere Kernforderungen für die künftige BFH. Wir haben aufgezeigt, dass die BFH mit der Hälfte der Mittel besser und rascher gestärkt werden kann – hauptsächlich in Biel und Burgdorf.

Die Kommission des Grossen Rates erkannte dies. Ihre Planungserklärung geht in die richtige Richtung – bildungspolitisch, finanzpolitisch und regionalpolitisch. Sie rechnet mit massvollen Neubauten und spielt damit Geld frei für hochstehende Bildungs- und Forschungsqualität an der BFH. Das macht sie exzellent.

Elisabeth Zäch Stadtpräsidentin Burgdorf

Nur die beste Lösung ist gefragt!

Die BFH ist eine junge Institution, die mit grosser Anstrengung hervorragende Aufbauarbeit geleistet hat. Sie ist einer grossen nationalen und internationalen Konkur-



renz ausgesetzt. Jetzt ist ein existenzsichernder Ausbauschritt nötig. Die räumliche Konzentration ist dabei die wichtigste Massnahme, um die Zukunft der Schule zu sichern. Im Bericht des Regierungsrats schneidet die Variante Vollkonzentration in der Stadt Bern am besten ab. Das erstaunt nicht, denn die Stadt Bern verfügt im Kanton über die grössten Standortvorteile. Nebst der hervorragenden Erreichbarkeit und dem guten Ruf als Bildungsstandort sind es auch weiche Standortmerkmale, die für die Wahl der Studienorte von Studierenden wichtig sind. Dazu zählen vielfältige Freizeit-, Kultur- und Sportangebote.

Die vom Regierungsrat vorgeschlagene Teilkonzentration Bern-Biel ist aus Stadtberner Sicht akzeptabel. Die Konzentration der Technik in der Nähe des Industriestandorts Biel-Jura leuchtet ein und kann der BFH Vorteile bringen. Eine Verlagerung des Departements WGS (Wirtschaft und Verwaltung, Gesundheit, Soziale Arbeit) nach Burgdorf hingegen macht – ausser dem regionalpolitischen – unter keinem anderen Titel Sinn. Regionalpolitik in Ehren – aber bitte nicht auf dem Buckel der gesamtkantonalen Bildungspolitik.

Alexander Tschäppät Stadtpräsident Bern

FRAUENLÖHNE:

Tiefer in die Tasche greifen

Der Grundsatz «gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» ist in der Bundesverfassung und im Gleichstellungsgesetz verankert. Die Realität sieht immer noch anders aus. Barbara Nyffeler

Gleiche und gleichwertige Arbeit muss für Frauen und Männer gleich entlohnt werden. Doch Frauen werden nach wie vor lohn­mässig diskriminiert, und sie verdienen oft auch wenig. Während vielen Jahren war die Lohndiskussion aufgrund fehlender Vergleichsdaten schwierig. So fehlten meist die allgemein zugänglichen Grundlagen, um die lohn­mässige Benachteiligung von Frauen nachzuweisen. In den vergangenen Jahren hat sich die Situation deutlich verbessert.

Neu: detaillierte Statistiken

Mit der Lohnstrukturerhebung 2010 liegen nun detaillierte Statistiken vor zur Höhe der Löhne in der Schweiz und deren Verteilung nach Geschlecht, Region und Branche. Vor zwei Jahren wurde zudem der Schlussbericht «Analyse der Löhne von Frauen und Männern anhand der Lohnstrukturerhebung 2008» publiziert. Die Ergebnisse überraschen uns nicht. Sie belegen wissenschaftlich, was

wir schon lange wissen: Frauen verdienen weniger als Männer!

Differenz von 19 Prozent

Im Jahr 2008 betrug der so genannte Medianlohn – für die Hälfte der Arbeitsstellen liegt der Lohn über, für die andere Hälfte unter diesem Wert – für einen Mann mit einer Vollzeitstelle 6173 Franken. Die gleiche «statistische» Frau verdiente nur 4964 Franken, eine satte Differenz von 19 Prozent. Nicht jeder Lohnunterschied bedeutet eine Diskriminierung. Zwei Drittel der Differenz zwischen Frauen- und Männerlöhnen lassen sich erklären mit Merkmalen wie berufliche Stellung, Qualifikation, Region oder Branche. Aber ein Drittel der Differenz bleibt und weist auf eine Diskriminierung hin. Die Lohnunterschiede sind nicht überall gleich ausgeprägt:

■ Die Unterschiede zwischen Frauen- und Männerlöhnen sind in der öffentlichen Verwaltung weniger gross als in der Privatwirtschaft. Auch der Bildungsbereich

sowie das Gesundheits- und Sozialwesen stehen ähnlich da. Öffentliche Arbeitgeber nehmen die Verantwortung anscheinend eher wahr. Grösser ist die Lohndiskriminierung in der Industrie.

■ In der Schweiz gibt es ein West-Ost-Gefälle. Die Lohndiskriminierung ist in der Westschweiz deutlich weniger ausgeprägt als in der Nordwestschweiz, dem Tessin oder der Ostschweiz.

Frauen in schlecht entlohnten Berufen

Frauen verdienen nicht nur weniger als Männer für die gleiche Arbeit. Sie sind oft in Berufen tätig, die schlecht entlohnt werden. 3986 Franken pro Monat bei 40 Wochenstunden Arbeit – so hoch ist der statistisch ausgewiesene Tieflohn in der Schweiz gemäss Lohnstrukturerhebung 2010. Gut 19 Prozent der erwerbstätigen Frauen fallen in diese Kategorie, aber nur knapp sieben Prozent der Männer. Fünf Prozent der Frauen verdienen sogar weniger als 3000 Franken pro Monat. Sie sind vor allem im Detailhandel, bei den persönlichen Dienstleistungen und im Gastgewerbe anzutreffen.

Die Zahlen zeigen: Lohndiskriminierung existiert nach wie vor, trotz Information und entsprechender Verfahren zur Durchsetzung gleicher Löhne für gleichwertige Arbeit. Für viele Frauen liegt die Problematik aber wohl eher im absolut gesehen tiefen Lohn.



Barbara Nyffeler, Mitglied des Leitungsgremiums SP Frauen Kanton Bern

Links.BE zeigt in loser Folge auf, wie sich die Lohnsituation heute präsentiert und mit welchen Strategien Frauen künftig gleiche bzw. faire Löhne erhalten können.



SP-FRAUEN

Nach den Wahlen

ist vor den Wahlen ...

Die eidgenössischen Wahlen gehören der Vergangenheit an, die Resultate wurden ausgewertet und gewürdigt. Nun gilt es die nächsten Wahlen vorzubereiten,



die kantonalen Wahlen vom März 2014. Die kantonalen Wahlen 2010 sorgten für eine grosse Enttäuschung. Dies nicht nur wegen

des schlechten SP-Resultats (WählerInnenanteil auf 18,9% abgesackt), sondern auch wegen des unerfreulichen Abschneidens der Frauen. Die Frauenvertretung in der SP-Fraktion sank auf 12 Personen (34%); zusätzlich wurden drei bisherige Frauen abgewählt. Für die stolze Frauenpartei SP ein herber Rückschlag, der in zwei Jahren zwingend korrigiert werden muss. Die SP verfügt nicht nur über viele kompetente Kommunalpolitikerinnen auf dem Land und in der Stadt, sondern auch über viele politisch interessierte Frauen. Diese müssen bereits heute für eine Kandidatur aktiv angesprochen und motiviert werden. Geschlechterparitätisch zusammengestellte Listen in den einzelnen Wahlkreisen sind zwingend, denn je mehr Frauen kandidieren, desto mehr Frauen werden auch gewählt. Die Kantonalpartei will dabei ihre Verantwortung aktiv wahrnehmen: Ein frauenspezifisches Projekt ist in Arbeit und wird im Laufe des Frühlings den Regionalverbänden vorgestellt. Denn: Wir wollen die Gleichstellung der Geschlechter nicht nur predigen, sondern auch leben!

Angelika Neuhaus, Parteisekretärin
SP Kanton Bern



Fast ein Fünftel der Frauen verdienen bei einer Vollzeitstelle weniger als 4000 Franken pro Monat.

KOMMENTAR

Gut vorbereitete
Justizreform

Das neue Gerichtsorganisationsgesetz (GOG) trägt dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzgesetz des Bundes Rechnung, indem die Grundlagen für die Familiengerichte geschaffen werden. Es



berücksichtigt auch die Neuerungen des Zivil- und Strafprozessrechts, die seit dem 1. Januar 2011 gelten.

Für das neue Gerichtsorganisationsgesetz sind in der Verfassung des Kantons Aargau verschiedene Anpassungen notwendig, damit alle in der Organisation der Justiz vorgesehenen Funktionen und Aufgaben die erforderliche verfassungsrechtliche Grundlage haben: Die Volkswahl bleibt für die Bezirksgerichtspräsidien, die Bezirksrichter/innen und die Friedensrichter/innen bestehen. Der Grosse Rat wählt wie bisher die Mitglieder des Obergerichts und des Spezialverwaltungsgerichts. Zusätzlich wählt er auch die Mitglieder des Justizgerichts und der Justizleitung. Justizgericht und Justizleitung werden neu eingeführt und müssen in der Verfassung des Kantons Aargau ihre Grundlage haben. Das Bezirksgericht, das Spezialverwaltungsgericht und das Obergericht werden neu in Abteilungen (bisher Spruchkörper) organisiert.

Dies erfordert Anpassungen am Wortlaut der bestehenden Paragraphen zu den Wählbarkeiten, den Zuständigkeiten, den Aufgaben und der Amtsperiode. Der Grosse Rat hat am 6. Dezember 2011 die Änderung der Verfassung des Kantons Aargau (Justizreform) mit 98 zu 17 Stimmen gutgeheissen.

Eine durch Landammann Urs Hofmann und sein Team gut vorbereitete Vorlage, der ohne Vorbehalt zugestimmt werden kann.

Rosmarie Groux von Berikon ist SP-Gemeinderätin und als Grossrätin Mitglied der Justizkommission.



Erst im Aargau ein Familiengericht. Von links: Obergerichtspräsident Armin Knecht, Landammann Urs Hofmann, Bezirksgerichtspräsident Zofingen Christian Sigg.

ABSTIMMUNG: NEUES KINDES- UND ERWACHSENENSCHUTZRECHT

Pionierleistung im Aargau

Das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht des Bundes verlangt ab 1. Januar 2013 interdisziplinär zusammengesetzte Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) anstelle des politisch gewählten Gemeinderats als Vormundschaftsbehörde. Jürg Cafilisch

Das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht löst das heutige Vormundschaftsrecht ab, das grösstenteils aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg stammt. Im Aargau wurde für die Umsetzung die fortschrittliche Form der Familiengerichte gewählt – eine schweizerische Pionierleistung.

Zuständigkeit

Inhaltlich ist das neue Bundesrecht kein «alter Wein in neuen Schläuchen», sondern eine Totalrevision. Es stellt einen der heutigen Zeit angepassten Kindes- und Erwachsenenschutz mit differenzierteren und vor allem zahlreichen neuen Aufgaben für die KESB dar.

Die KESB werden zuständig sein für die Anordnung von Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen, von fürsorgerischen Unterbringungen sowie für die neuen Instrumente im Bereich der fürsorgerischen Unterbringung (Nachbetreuung, ambulante Massnahmen). Zudem werden die KESB Aufgaben zu erfüllen haben, die sich aus den neuen Selbstbestimmungsrechten ergeben, wie beispielsweise Vorsorgeauftrag und Patientenverfügung.

Aufgrund der demographischen Entwicklung – mehr alte Menschen und damit mehr Alterserkrankungen wie Demenz – und der breiten Möglichkeiten der Medizin, aber auch im Zusammenhang mit Selbstbestimmungsrechten wie Vorsorgeauftrag oder Patientenverfügungen kann künftig jede und jeder in eine Situation geraten, in welcher Kontakt mit der KESB entsteht.

Gerichtsmodell

Der Kanton Aargau hat sich für das Gerichts-

modell entschieden. Mit diesem Modell werden die bestehenden Bezirksgerichte um eine Abteilung «Familiengericht» erweitert, die in allen familienrechtlichen Belangen (zum Beispiel Scheidungen) entscheiden wird. Diese Abteilung ist auch für die Belange des revidierten Kindes- und Erwachsenenschutzrechts (KESR) zuständig. Damit werden auch die Bezirksgerichte gestärkt. Fachkreise attestieren dem Departement Justiz und Inneres unter der Leitung von SP-Regierungsrat Urs Hofmann, das neue KESR mit dem gewählten Modell fortschrittlich und zukunftsorientiert umzusetzen.

Die Gestaltung problematischer Familienverhältnisse erfordert besonderes Fachwissen. Mit dem neuen interdisziplinären Spruchkörper aus den Berufsfeldern Justiz, Sozialarbeit und Psychologie wird der besonderen Verfahrenskultur im Bereich Kindes- und Erwachsenenschutzrecht Rechnung getragen.

Gemeinden

Die Gemeinden sind weiterhin für die Abklärungen und die Mandatsführung zuständig. Die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und den Familiengerichten erfordert einen ständigen Austausch. Der Austausch soll institutionalisiert werden und regelmässig stattfinden.

Für die neue Organisation der KESB werden im Kanton Aargau zusätzlich 70 neue Stellen nötig sein. Die Kosten dafür sollen von Kanton und Gemeinden gemeinsam getragen werden.

Der Grosse Rat hiess die Vorlage – Verfassungsänderung, Gesetz und Dekret – am 6. Dezember grossmehrheitlich (mit 16 beziehungsweise 17 Gegenstimmen) gut. Am 11. März stimmen wir über die Verfassungsänderung ab. Die SP ist für Zustimmung.

Jürg Cafilisch von Baden ist Leiter der Jugend- und Familienberatung des Bezirks Dietikon und SP-Grossrat.





MENSCHENSTROM GEGEN ATOM: MARSCH NACH MÜHLEBERG AM 11. MÄRZ

Am 11. März findet in Mühleberg der dritte «MenschenStrom gegen Atom» statt. Über 110 Organisationen rufen zum friedlichen Marsch mit anschliessender Kundgebung auf. Gemeinsam fordern wir die sofortige Abschaltung der AKW

Mühleberg und Beznau, die Konkretisierung des Atomausstiegs, einen raschen und konsequenten Umstieg auf erneuerbare Energiequellen sowie eine massive Stärkung von Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz.

Diese Forderungen sollen wie bereits in den Vorjahren in einer breit abgestützten, kreativen und lebendigen Kundgebung, an der Menschen aller Generationen und aus allen Landesteilen gewaltfrei teilnehmen, manifestiert werden.

Wir rufen euch alle zur Teilnahme beim «MenschenStrom gegen Atom» auf. Informationen und genaue Angaben zur Kundgebung:

www.menschenstrom.ch
www.sortonsdunucleaire.ch

Zum Jahrestag von Fukushima

Die Atomkatastrophe in Fukushima im März des vergangenen Jahres hat die Menschen weltweit betroffen gemacht und die Schweizer Bevölkerung sowie die Politik aufgerüttelt. Die darauf beschlossene Energiewende muss nun vorangetrieben werden.

20000 Menschen forderten am Menschenstrom vom 22. Mai 2011 den Ausstieg aus der Atomenergie. Wenige Tage nach der farbigen und ohne Zwischenfälle verlaufenen Kundgebung hat der Bundesrat den schrittweisen Ausstieg beschlossen. National- und Ständerat haben sich dieser zukunftsorientierten Haltung angeschlossen. Nun muss die Umsetzung dieses Entscheids, die Energiewende, mit aller Entschiedenheit vorangetrieben werden. Im Sommer 2012 wird der Bundesrat eine entsprechende Vorlage in die Vernehmlassung geben, die SP wird sich aktiv daran beteiligen. Die Energiewende ist eine ökologische Notwendigkeit, sorgt für Versorgungssicherheit und

stellt eine Chance für Forschung und Arbeitsplätze dar. Sie erlaubt eine langfristige und nachhaltige Energieversorgung ohne strahlenden Müll, der unsere Nachkommen sehr lange belastet. Die SP hat mit ihrer schon vor Fukushima lancierten und im September 2011 eingereichten Cleantech-Initiative den Weg bereits vorgegeben: Bis 2030 soll mindestens die Hälfte des Schweizer Energieverbrauchs erneuerbar sein. Die Stromversorgung soll zu diesem Zeitpunkt zu 100 Prozent sauber sein. Notwendig sind attraktive und förderliche Rahmenbedingungen wie die kostendeckende Einspeisevergütung, damit Investitionen getätigt werden.

Ungelöste Frage nach unbefristeten Betriebsbewilligungen

Der schrittweise Atomausstieg löst aber das Problem der bestehenden fünf Atomkraftwerke noch nicht. Die Wahl des Kundgebungsorts vor dem AKW Mühleberg ist kein Zufall, die Sicherheitsmängel des Reaktors wie beispielsweise die Risse im Kernmantel oder die

Gefährdung durch Erdbeben und Hochwasser sind seit Langem bekannt. Mit dem Entscheid zum schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergienutzung muss die Frage der unbefristeten Betriebsbewilligungen für alle AKW neu angegangen werden. Die SP verlangt vom Bundesrat das Prüfen von Varianten. So sollen beispielsweise AKW ohne jegliche Sicherheitsdefizite nach dem vierzigsten Lebensjahr nur noch eine einmalige befristete Betriebsbewilligung als 5-jährige «Kaltreserve» erhalten. Oder: AKW ohne jegliche Sicherheitsdefizite erhalten nach dem vierzigsten Lebensjahr eine einmalige befristete Betriebsbewilligung. Ziel ist der frühestmögliche Atomausstieg und damit die raschestmögliche Umsetzung der Energiewende.

Chantal Gahlinger

ist politische Sekretärin bei der SP Schweiz und unter anderem zuständig für die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie UREK



«Recht ohne Grenzen»

Konzerne mit Sitz in der Schweiz sollen die Menschenrechte einhalten und die Umwelt respektieren müssen, und zwar weltweit. Das fordern Solidar Suisse und rund fünfzig weitere schweizerische Organisationen mit einer Kampagne.

Viele Firmen haben sich in den letzten Jahren, meist auf Druck von aussen, Regeln für ein sozial und ökologisch verantwortliches Verhalten gegeben (Corporate Social Responsibility). Das Problem dieser Initiativen liegt darin, dass sie rechtlich nicht verbindlich sind. Die Unternehmen bestimmen selber, was «soziale und ökologische Verantwortung» bedeutet. Oft fehlt eine unabhängige Instanz, welche die Einhaltung der Regeln auch überprüft. Untersuchungsberichte bleiben unter Verschluss, Verstösse werden nicht geahndet.

Internationale Bemühungen

Im Juni 2011 verabschiedete der UNO-Menschenrechtsrat Empfehlungen des Sonderbeauftragten für Unternehmen und Menschenrechte, John Ruggie. Sein Konzept baut auf drei Pfeilern auf: Erstens haben alle Regierungen die Pflicht, die Menschenrechte zu schützen, auch vor Verletzungen durch Unternehmen. Zweitens tragen alle Unternehmen Verantwortung dafür, die Menschenrechte einzuhalten. Und drittens sollen Menschen, die wegen Menschenrechtsvergehen durch Firmen Schaden erleiden,



Was passiert, wenn man korrupte Konzerne an die Leine nimmt? Lorenz Keiser hat den Test gemacht. Mit diesem Film machen 50 Organisationen auf die Petition «Recht ohne Grenzen» aufmerksam. Zu sehen unter www.solidar.ch/rechtohnegrenzen



Hausverein
SCHWEIZ

Für umweltbewusste
und faire EigentümerInnen

Tel. 031 311 50 55
kontakt@hausverein.ch

Für eine
umweltbewusste
Hausbesitzerin wie
mich gibt's nur eins:
den Hausverein
Schweiz!



Hildegard Fässler, Nationalrätin SP

**Die linke Alternative
zum Hauseigentümerverband.**

Jetzt beitreten!

www.hausverein.ch

Wiedergutmachung verlangen können.

Die Kampagne «Recht ohne Grenzen» setzt bei diesen Bemühungen an und will sie in Richtung von mehr Verbindlichkeit weiterentwickeln. Bundesrat und Parlament sollen gesetzliche Bestimmungen erlassen, damit Schweizer Konzerne, ihre Tochterfirmen und Zulieferer weltweit die Menschenrechte und Umweltnormen einhalten müssen. Konkret bedeutet das,

- dass Schweizer Konzerne für ihre Tätigkeiten, ihre Tochterfirmen und Zulieferer vorsorglich Massnahmen (Sorgfaltspflicht) treffen müssen, um hier und anderswo Menschenrechtsverletzungen und Umweltvergehen zu verhindern
- dass Menschen, die durch die Tätigkeiten von Schweizer Konzernen, ihren Tochterfirmen und Zulieferern Schaden erleiden, hier Klage einreichen und Wiedergutmachung verlangen können.

Die Schweiz ist speziell gefordert

Die Schweiz ist Sitz vieler international tätiger Konzerne. Pro Kopf der Bevölkerung weist sie die höchste Dichte an Multis auf,

bei den Direktinvestitionen im Ausland ist sie die Nummer zwei. Tiefe Steuern und unternehmerfreundliche Gesetze machen die Schweiz nicht nur für alteingesessene Firmen interessant, sondern auch für viele Zuzüger aus dem Ausland.

Die Schweiz profiliert sich international gerne als Verteidigerin der Menschenrechte. Bisher hat sie sich aber kaum hervorgetan, um Firmen verbindlich auf die Respektierung von Menschenrechten und Umweltstandards zu verpflichten. Sie hat sich bisher lediglich auf die Unterstützung von freiwilligen Initiativen beschränkt. Und das Schweizer Recht verhindert, dass Stammhäuser für Verstösse ihrer Filialen im Ausland zur Verantwortung gezogen werden können.

Die Petition kann auf www.solidar.ch/rechtohnegrenzen unterschrieben werden.



Christian Engeli ist
Leiter Kommunikation und
Kampagnen von Solidar
Suisse.

Brüste(n) mit Qualität

Skandale um verschmutzte Hüftgelenke oder defekte Brustimplantate gibt es immer wieder. Um die Sicherheit von Patientinnen und Patienten zu verbessern, braucht es unbedingt eine Qualitätskontrolle für Implantate und eine Registerpflicht.

Neujahr – die Redaktion von 24heures ruft an. Was ich zur PIP-Geschichte sage, will sie wissen, zur Geschichte mit den Brustimplantaten. Klar, ein Skandal, aber nicht der erste. Schon 1999 nahm man Brustimplantate wegen möglicher toxischer Abbauprodukte des Füllmaterials vom Markt. «Busenrückruf» titelte eine Internetseite, «jedes vierte Soja-Implantat nach wenigen Jahren defekt». Schon früher erwiesen sich Füllungen von Implantaten als problematisch. Mit verschmutzten Hüftgelenken schrieb um das Jahr 2000 Sulzer Medica in Amerika negative Schlagzeilen. Die Folge: Wegen schadhafter Hüftgelenke und Schienbeinplatten mussten 2500 Patientinnen und Patienten nochmals auf den Operationstisch. Vermutlich wurden sehr viel mehr Leute ein zweites Mal operiert. Menschen als Versuchskaninchen – sie zahlen den Schaden mit ihrer Gesundheit und wir mit höheren Krankenkassenprämien.

Die Frage der Qualität

Die Geschichte mit den Brustimplantaten ist eine Frage der Patientensicherheit, der Qualitätssicherung bei medizinischen Implantaten. Für Arzneimittel sieht das Schweizer Heilmittelgesetz eine fundierte Zulassungsprüfung vor. Medizinprodukte wie Implantate hingegen werden in der Schweiz «nicht behördlich zugelassen» (Zitat Karoline Mathys, Swissmedic). Vielmehr zählt man auf «die Selbstverantwortung der Hersteller und Vertrieber» (Jürg Rieben, Bern «Heilmittelzulassungen in der Schweiz») und «die europäische Regelung, wonach CE-gekennzeichnete Medizinprodukte auch in der Schweiz marktfähig sind» (Karoline Mathys).

Mit welcher Prüfung erhalten Implantate das CE-Siegel für die europäische Zulassung? Im Fall der Brustimplantate erteilte das Gütesiegel der Tüv. Er sagt: «Für das CE-Siegel müssen wir keine Produktüberprüfung im Labor durchführen, nur die Produktunterlagen der Hersteller prüfen.»

Mit so laschen Regeln lässt sich die Qualität eines Implantates kaum seriös prüfen, ge-



schweige denn einem Betrug, wie er im jüngsten Fall zu vermuten ist, auf die Spur kommen. Selbst die Schweizer Handelsförderung OSEC schreibt: «Die CE-Kennzeichnung ist kein Qualitätssiegel!»

Es braucht bessere Qualitätskontrollen ...

Medizinprodukte müssen besser auf ihre Qualität kontrolliert werden. Das fordert der Chef des Kölner Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen, und auch meine Motion. Angesichts der grossen Zahl von Medizinprodukten ist der Fokus auf

Medizinprodukte müssen vor der Zulassung wie Arzneimittel besser auf ihre Qualität kontrolliert werden.

Implantate hoher Risikoklasse zu legen, auf Herzschrittmacher etwa, Stimulatoren oder Insulinpumpen. Sie müssen vor der Zulassung wie Arzneimittel mit gründlichen medizinischen Studien geprüft werden. Verstösst die Schweiz damit gegen die Bilateralen Verträge mit der EU? Ich meine, wenn Deutschland bessere Qualitätsprüfungen fordert, muss es, Verträge hin oder her, auch für die Schweiz eine Lösung geben. Etwa indem die Kassenzulässigkeit an eine vertiefte Prüfung geknüpft wird. Zudem ist ein Schweizer Qualitätslabel für unsere Medizinprodukte auch international von Vorteil.

... und ein Register

Swissmedic konzentriert sich auf die Marktüberwachung. Umso wichtiger ist, dass professionelle Anwender der gesetzlichen Meldepflicht betreffend Implantate nachkommen. In der Ärztezeitung kritisiert Andreas Schlegel: «Anwender vernachlässigen Meldungen zu Implantaten». Krass sei die Situation bei «aktiven Implantaten». Was ist zu tun? Spitäler oder Fachgesellschaften sollten Implantatregister führen und diese im Jahresbericht publizieren. Selbst die Schweizer Branchenorganisation Medtech erachtet Register wie das geplante «SIRIS für Kunstgelenke» als wertvolles Instrument der Qualitätssicherung. Heute gibt es erst wenige Register. Sie beruhen aber auf der Freiwilligkeit der Meldungen, was ihre Qualität von vorneherein relativiert. Die Registerpflicht, wie sie meine zweite Motion fordert, ist die dringend nötige fachmedizinische Ergänzung der heutigen Swissmedic-Marktüberwachung. Die Patienten wollen und brauchen mehr Sicherheit. Qualität zahlt sich gesundheitlich und gesundheitsökonomisch aus. Ich bin überzeugt, mit dem neuen Departementschef Alain Berset wird sich einiges zum Besseren wenden.

Beide Motionen: www.bea-heim.ch



Bea Heim ist Nationalrätin aus Solothurn

Don't let them decide for you!

Während einer Woche protestierte die Juso in Davos gegen das WEF. Viel mediale Aufmerksamkeit erhielten die Aktivistinnen und Aktivisten dabei für die selber gebauten Iglus, in denen sie übernachteten.

Wie jedes Jahr fand in der letzten Januar-Woche im verschneiten Davos das Jahrestreffen des Weltwirtschaftsforums WEF statt. Seit das WEF als «gemeinnützige Stiftung» vom neoliberalen Wirtschaftsprofessor Klaus Schwab gegründet wurde, treffen sich die selbsternannten Global Leaders unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne demokratische Legitimation, um Entscheidungen zu treffen, die unsere Zukunft beeinflussen und vor allem ein Ziel haben: die Aufrechterhaltung des Status quo.

Wie üblich wurden Proteste gegen das WEF mit Repression beantwortet – mit der sofortigen Auflösung einer Demo in Bern oder dem unverhältnismässigen Einsatz von Tränengas

und Pfefferspray bei der Abschlusskundgebung in Davos. Die Occupy-Bewegung folgte dem Aufruf der Juso und fand ihren Weg nach Davos. Dem technokratischen Motto des WEF «The Great Transformation: Shaping New Models» (zu Deutsch: «Die grosse Transformation: Neue Modelle gestalten») stellten die Aktivistinnen und Aktivisten den Slogan «Don't let them decide for you – Occupy WEF» entgegen und manifestierten damit die Forderung nach demokratischer Mitsprache zum Wohle aller.

Friedliches Miteinander im «Camp Iglu»

Bis zu 50 Personen campierten im «Camp Iglu» genannten Epizentrum der täglich stattfindenden Aktionen, zuhinterst auf dem Parsenn-Parkplatz, wo vor allem eines vorherrschte: Das Gefühl, gemeinsam an einem Strick zu ziehen. Aktivistinnen und Aktivisten aus den unterschiedlichsten politischen Lagern arbeiteten motiviert und engagiert zusammen. So konnten neben den roten Fahnen der Juso auch eine Fahne der Grünen, die schwarz-rote Fahne der

Anarcho-Syndikalistinnen oder die farbenfrohen Transparente der Occupy-Leute von der Lindenhof-Besetzung ausgemacht werden.

Mindestens ebenso vielfältig waren die zahlreichen Fernsehteams und Medienschaffenden, welche den Weg ins Lager fanden und dafür sorgten, dass den Abzockern und Antidemokraten die Hegemonie darüber entrissen wurde, wie über ihren Superreichen-Treff berichtet wurde. Die Juso Schweiz zieht ein positives Resümee aus den friedlichen Protesten und freut sich auf das nächste Mal im kalten Davos, um den Ausbeutern etwas Feuer unter dem Hintern zu machen.

Bilder: www.flickr.com/photos/jusoschweiz



Florian Sieber ist Geschäftsleitungsmitglied der Juso Schweiz.



SOLAR-AKTIE, IHRE ÖKOLOGISCHE GELDDANLAGE

Die ADEV Solarstrom AG investiert ausschliesslich in Solarstromanlagen. Bereits über 770 Aktionäre haben sich beteiligt. Werden Sie Aktionärin oder Aktionär der ADEV Solarstrom AG und zeichnen Sie Aktien der laufenden Kapitalerhöhung über 4.2 Mio. Franken. Fordern Sie die Beteiligungsbroschüre mit Zeichnungsschein an.

Name und Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Engagiert für die Energiewende | www.adev.ch

ADEV Solarstrom AG | Kasernenstrasse 63 | Postfach 550
CH - 4410 Liestal | Tel. 061 927 20 30 | Fax 061 927 20 49 | info@adev.ch



Amerikanische Ideen in einem verschneiten Pfadiheim

Der Organizing-Ansatz will Menschen zu selbstbestimmtem politischem Engagement befähigen. Seine Tauglichkeit für die Arbeit der SP haben junge Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in winterlichsten Verhältnissen zu erörtern versucht.

25 junge Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sitzen dicht gedrängt in der Stube eines alten Bauernhauses und hören gespannt drei jungen Gewerkschaftern zu. Die Idylle trägt allerdings. Das Bauernhaus ist ein Pfadiheim auf dem Zürcher Üetliberg, die Holzheizung muss sich erst noch warm laufen und der Februar ist frostig wie seit Jahren nicht mehr. So frostig, dass die Wasserleitungen versagen und daher in der alten Küche nebenan in Töpfen Schnee schmilzt. Natürlich mögen sich Leute, die das ganze Wochenende freiwillig so verbringen. Dennoch hat die Nähe auch etwas Funktionales.

Tanja Walliser, Adrian Durtschi und Patrick Angele zeigen auf, wie die Unia seit einigen Jahren Erfahrungen sammelt mit dem amerikanischen Organizing-Ansatz in der Gewerkschaftsarbeit. Ziel ist, die Gewerkschaften damit wieder mehr zu einer Bewegung zu machen. Dazu sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder vermehrt befähigt werden, sich in ihren Betrieben selber und basisdemokratisch zu organisieren. Sie sollen ihre eigenen Forderungen entwickeln und durchsetzen können. Die Gewerkschaft soll dabei ihre Partnerin sein, nicht mehr zentralistische Themensetzerin und Stellvertreterin in Konflikten.

Sobald die drei die Grundzüge erklärt haben, ist das gebannte Lauschen vorbei. Auf Verständnisfragen folgen die kritischen. Zum Beispiel: Wie emanzipatorisch sind der Ansatz und seine hiesige Umsetzung wirklich? Wenn eine Organisation zur Öffnung und wirklichen

Demokratie bereit ist oder durch den Ansatz geführt wird, dann sehr, finden die meisten. Danach geht es immer mehr um das eigentliche Thema: Inwiefern kann die Sozialdemokratische Partei den Organizing-Ansatz oder Teile davon nutzen?

Lernen, kritisieren, verbessern

Alle in der Stube sind zwischen Mitte zwanzig und Mitte dreissig und engagieren sich in der Partei als Sektionspräsidentinnen, Funktionäre, Parlamentarierinnen oder Aktivisten. In letzter Zeit finden sich immer wieder Genossinnen und Genossen der jungen Generation und aus der ganzen Schweiz zusammen. Sie wollen gemeinsam dazulernen, wie sie ihre politische Arbeit verbessern können. In wechselnder Zusammensetzung, manchmal zu vierzig, manchmal zu viert, organisieren sie Bildungsveranstaltungen, tüfteln an neuen Sektionshandbüchern und tauschen Erfahrungen und politische Vorstösse aus. Eine Form der Selbstorganisation, wenn man so will.

Immer wieder ertönt Kritik an Versäumnissen der Linken in den letzten Jahren und am Zustand und der Funktionsweise der SP. Ebenso Konsens ist aber, dass man selber ein Teil der Partei ist und Verantwortung übernimmt. Die Diskussion läuft weiter, als wir durch den Schnee in die Beiz stapfen. «Nichts tun ist keine Option», fasst jemand in meinem Rücken die Befindlichkeit zusammen.

Dort wartet einer, der politisch schon vieles angepackt hat. Markus Notter, der ehemalige Zürcher Regierungsrat, redet zwischen den

Gängen über die Kunst des Möglichen in der von Rechtsbürgerlichen geprägten Politikwelt. Danach dreht sich das Gespräch, mit ihm und lautstark über die Tische hinweg, natürlich um linke Regierungsverantwortung.

Am nächsten Morgen kämpft Diskussionsleiter Jon Pult mit seiner eigenen Schläfrigkeit und darum, die Diskussion wieder in Gang zu bringen. Die Stube ist jetzt schön warm, dafür schwammen zuvor im Kaffee ein paar Moosfetzen, die gemeinsam mit dem Schnee in den Kochtöpfen gelandet waren.

Vom Organizing-Ansatz zum Sektionshandwerk

Man brauche neue Orte und Erlebnisse jenseits von Sitzungszimmern und Parlamentssälen. Wie schafft man Heimat? Wie organisiert man heute Freiwilligenarbeit? Woher bekommen wir Ressourcen für systematischere Bildungsarbeit? Die Sekretariate müssten mehr Zentren des Engagements sein – und weniger Einzelbüros, wo Mitglieder mit Nasenrumpfen empfangen werden, wie jemand erzählt. Warum tritt heute jemand einer Partei bei?

Und vor allem: Wie schaffen wir Veränderungen statt Papiertiger? «Wir müssen es einfach ausprobieren!», ruft jemand. Zum Schluss einigt man sich darauf, das in kleinen Gruppen anzupacken und sich vielleicht im Sommer wieder zu treffen für einen Zwischenstand. Bis dann werden auch die Wasserleitungen aufgetaut sein.



Severin Toberer war bis Ende Januar Projektleiter bei der SP Schweiz und ist jetzt Kommunikationsberater in Zürich und immer noch aktives Basismitglied

ROTSTICH

Neulich auf der Putzfraueninsel

Wer in der SP ist, setzt sich spezifischen Gefahren aus. Wer in der Partei ist, ist Partei. Und damit auch ein dankbares Opfer für philosophische Haarspaltereien und dialektischen Zeitvertreib. «Darfst du denn als Sozialdemokrat eine Putzfrau haben?» – mit dieser ketzerischen Frage wird der Schreibende – beim Abendessen unter guten Freunden die Ferien in südlichen Gefilden geniessend – konfrontiert. Die vorgelagerte Frage, ob man als guter Sozialdemokrat oder gute Sozialdemokratin überhaupt dorthin fliegen darf, wo diese Frage gestellt wurde, lassen wir an dieser Stelle mal aussen vor. Generell werden Genossinnen und Genossen von ihrer Umwelt als Spezies wahrgenommen, die nicht vieles darf. Zumindest nicht ohne den Schatten eines schlechten Gewissens, der aus unsereins einen unter den eigenen Massstäben Leidenden macht. Die Frage ist denn auch in eine Tonalität gekleidet, die die Antwort vorwegnimmt. «Du kannst doch deinen Dreck selber wegmachen», wird vorwurfsvoll nachgelegt.

Eine heikle argumentatorische Ausgangslage. Arbeitsteilung ist des Teufels und führt zu Entfremdung. Marx, wir erinnern uns. «Aber sie macht das ja freiwillig, wird fair bezahlt und angemeldet ist sie auch», verteidige ich mich. «Aber du könntest das ja auch selber machen», wird insistiert. Das Dessert wird serviert, Halbgefrorenes. «Das ist ein Arbeitsplatz», finde ich. Das Gegenüber lächelt süffisant triumphierend und ordert einen Espresso. «Warum holst du dir deinen Kafi nicht selber?», will ich wissen. Den Einwurf «Halt, das ist nicht dasselbe!» pariere ich mit einem leicht genervten «Warum denn nicht, das könntest du ja auch». «Ja», werde ich belehrt, «aber ich bin ja kein Sozialdemokrat». Sozialdemokraten piesacken ist nicht schwer, einer sein dagegen sehr. *Cüpli-Sozi*

LESERINNENBRIEFE

Sechs Wochen Ferien müssen möglich sein

Im Verlauf der Geschichte der Steigerung menschlicher Arbeitsproduktivität lassen sich in der Regel zwei verschiedene Effekte beobachten: Erhöhung der Produktion sowie Reduktion der Arbeit. Seitdem die Arbeit in unseren Gefilden aber im Laufe der 1900-Jahre eine stetig zunehmende Reglementierung erfahren hat, fielen obengenannte Effekte vermehrt einseitig aus: Während die Arbeitszeit festgeschrieben worden ist, kamen sämtliche Steigerungen der Produktionseffizienz (insbesondere im dritten Sektor) ausschliesslich dem produzierten Output zugute. E-Mail und Internet haben die Arbeitsvorgänge im Vergleich zu früher massiv beschleunigt, dieser Fortschritt wurde aber kaum an den Arbeitnehmer weitergegeben, etwa in Form einer Arbeitszeitreduktion. De facto geschah sogar das Gegenteil: Das Arbeitsvolumen wurde erhöht, zwar nicht in einer Ausdehnung der Arbeitszeit, aber in einer Erhöhung der Intensität. Die Folgen sind bekannt: Das hohe Arbeitstempo, Informationsüberflutung und -reizung, Geschwindigkeit und Vergleichsdruck und andere Stressoren haben zu einer massiven Zunahme von Depression, Burnout und anderen verwandten Krankheitsbildern geführt, man spricht bei Burnout schon bald von Volkskrankheit. Ausser der Pharmaindustrie schätzt sich diesbezüglich niemand glücklich. Die Produktivitätsfortschritte, die dank neuer Technologien in den letzten zehn bis zwanzig Jahren erzielt worden sind, übersteigen eine allfällige Produktivitätsreduktion von 48 Arbeitswochen auf 46 Arbeitswochen bei weitem! Es wäre an der Zeit fair zu sein und einen Teil des Produktivitätsgewinns an die Arbeitnehmenden zurückzugeben.

Die massiven Gesundheitskosten müssen in den Griff bekommen werden und eine gesunde Bevölkerung ist massgeblich für die Wohlfahrt eines Landes. Auch ist es jedem wohl aus eigenem Beispiel bestens bekannt, dass

Arbeitnehmende, die aus dem Urlaub zurückkehren, erholter und produktiver sind und somit diesen zusätzlichen Urlaub mit Sicherheit grösstenteils wieder wettmachen könnten.

Im Übrigen: Die Schweizer Wirtschaft ist allen Unkenrufen zum Trotz auch nicht kollabiert, als man zwei Wochen Ferien gesetzlich festgelegt hat ...

Stephan Frehner, Winterthur

Jedes Ding hat zwei Seiten – ein SPLer, der für das Bausparen ist.

Gebetsmühlenartig wird immer wieder die Behauptung aufgestellt, vom Bausparen würden eh nur jene profitieren, die dies nicht nötig hätten.

Ein Beispiel aus der Praxis: ein Bausparer (Akademiker) erstellt eine Villa für 2,2 Mio. Franken und erhält die Maximalprämie von 20000 Franken. Mit dem grösseren und teureren Haus hat hier der Bausparer mehr Bauvolumen ausgelöst, worauf die Baufirmen und die Handwerker Steuern zu entrichten haben. Das Haus wird beim Eigenmietwert höher eingeschätzt, wodurch der Bauherr mehr Einkommenssteuern zu entrichten hat. Selbst wenn 5% Reiche das Bausparen zur Steueroptimierung missbrauchen, bestraft man 95% «Normalverdiener», die ohne steuerlichen Bausparabzug nie in der Lage wären, genug zu sparen. In meiner 10-jährigen Praxis bei der Bearbeitung von Bausparprämien-Gesuchen habe ich festgestellt, dass das oben erwähnte Beispiel als extreme Ausnahme angesehen werden kann. Die grosse Mehrheit betrifft Objekte um 600000 Franken im Schnitt. Bei 20% Eigenkapital bleibt eine Hypothek von 480000 Franken. Rechnet man mit dem langjährigen Schnitt von 5%, ergibt das pro Jahr 24000 Franken Zinsen. Da zur Sicherheit die Zinsen nicht über 30% des Einkommens betragen sollten, erfordert dies ein Bruttoeinkommen von 80000 pro Jahr. Dass sich die untersten Einkommen in der Schweiz nie Wohneigentum leisten können, liegt an den

hohen Boden- und Baupreisen. Gehört man mit 80000 Franken Bruttoeinkommen bereits zur Oberschicht?

Der Vorbezug von Geldern der 2. Säule kann nicht die Patentlösung sein, denn um Rentenlücken zu vermeiden, sollten diese Vorbezüge bis zur Pension wieder ausgeglichen werden. Wie kann das der kleine Mann finanzieren, wenn er die Hypothekarzinsen bezahlen und die laufenden Kosten tragen soll? Bausparen kann man auch für Eigentumswohnungen und die Übernahme und Renovation von Altbauten. Nicht jeder Bausparer stellt ein neues Haus auf die grüne Wiese.

Für viele Eigentümer bedeutet Wohneigentum ein steter Verzicht etwa auf teure Ferien. Wussten Sie, dass ältere Hauseigentümer, welche zum Pflegefall werden, vom Staat kein Geld an die Pflegekosten erhalten, bis das Geld aus einem (oft erzwungenen) Hausverkauf aufgebraucht ist? Werden MieterInnen, welche zwar immer ihren Mietzins bezahlen, sich sonst aber alles gönnen konnten und kein Geld (mehr) haben, zum Pflegefall, bezahlt der Staat.

Mitglieder von Hauseigentümer- und Mieterverbänden müssen endlich damit aufhören, sich gegenseitig zu bekämpfen. Wenn die Klagen schon gekreuzt werden müssen, sollen Argumente sachlich auf den Tisch gelegt werden. Was ist so verwerflich am Wunsch nach eigenen vier Wänden, und ist es nicht bedenklich, dass «die reiche Schweiz» eine so geringe Wohneigentumsquote aufweist? Bund, Kantone und Gemeinden bezahlen jährlich hunderte von Millionen an nicht zu versteuernden À-fonds-perdu-Mietzinsbeiträgen zur Reduktion von Mietzinsen an einkommensschwache Haushalte. Einzelne Haushalte erhalten so über Jahre hinweg ein Vielfaches der maximalen Bausparprämie. Wieso sollen also künftige Wohneigentümer nicht einmalig mit der Bausparmöglichkeit unterstützt werden?

Daniel Bühler, Leiter Wohnbauförderung BL und SP-Mitglied

30. März
Koordinationskonferenz
in La Chaux-de-Fonds

31. März
**Delegiertenversammlung
der SP Schweiz**
in La Chaux-de-Fonds

22. Juni
Koordinationskonferenz

23. Juni
**Delegiertenversammlung
der SP Schweiz**

7. September
**Koordinationskonferenz
der SP Schweiz**

8./9. September
**Ordentlicher Parteitag
der SP Schweiz**

SP FRAUEN SCHWEIZ

10. März, 5. Mai, 1. Dezember,
jeweils 10–16 Uhr
Frauenkoordination

18. August, 10–16 Uhr
Frauenkonferenz
Ort noch offen

www.sp-frauen.ch

IMPRESSUM

Herausgeber
SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34,
3001 Bern, Telefon 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70
Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage 43310 (Wemf)
Abonnementspreise
Für Mitglieder der SP Schweiz gratis
Adressänderungen/Abos:
linksabo@spschweiz.ch

Redaktion
Andrea Bauer (Chefredaktion), Barbara Berger
(SP Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solo-
thurn), Sandra Eichenberger (SP Basel-Stadt),
Ruedi Brassel (SP Baselland), Daniel Furter (SP
Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aar-
gau), Pascal Ludin (SP Kanton Luzern), Benedikt
Knobel (SP Kanton Thurgau), Leyla Gül (SP
Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

E-Mail Redaktion
andrea.bauer@spschweiz.ch
Gestaltungskonzept
muellerluetolf.ch

Produktion
Atelier Kurt Bläuer, Bern
Druck
Ringier Print Adligenswil AG
Postfach 3739, 6002 Luzern

Anzeigen
Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH
Hellgasse 12, 6460 Altdorf
Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47
kg@kiliangasser.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 13.2.
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 19.3.

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

**Möchtest du dich weiterbilden
und gewerkschaftliche Positionen
und Forderungen kennen lernen?
In folgenden Seminaren sind noch
einige Plätze frei.**

D2.6.1227
Wie lerne ich effizient
26./27.3. in Zürich
Auseinandersetzung mit dem eigenen
Lernen, Lernbiografie, biologische
Grundlagen, Lerntypen und Lernstile,
Übungen für bessere Lernstrategien.
Referentin: Emiliana Della Torre (Er-
wachsenenbildnerin)

D2.1.1212
**Eine andere Sicht auf die Wirtschaft:
Erwerbsarbeit – Hausarbeit – Sorge-
arbeit – Geschlechterverhältnisse**
27.3 in Olten
Begriffe, Modelle und Bedeutung der
Care-Ökonomie. Referentinnen: Ma-
scha Madörin (Ökonomin), Christine
Michel (Unia), Heike Wach Hartmann
(AG Economic Literacy)

D2.5.1213
Über 50, stellenlos – und jetzt?
23./24.4. in Nottwil
Chancen älterer Arbeitnehmender auf
dem Arbeitsmarkt, Energie- und Geld-
ressourcen, das soziale Netz
Referentinnen: Doris Bianchi (SGB),
Sylvia Frey (Erwachsenenbildnerin)

D2.4.1219
**Mut zur Zivilcourage – eingreifen
statt wegschauen!**
7.5. in Ostermundigen/Bern;
Zivilcourage, Menschenrechte, Vor-
urteile, Diskriminierung, Rassismus,
Gewalt. Referent: Giorgio Andreoli
(Projektleiter gggfon)

Movendo bietet auch Weiterbildungen
für Mitglieder einer Personalkommissi-
on oder einer Vorsorgekommission
und zahlreiche Kurse zu den Themen
Kommunikation, Umgang mit Konflik-
ten, Stress in Beruf und Alltag, Berufs-
und Lebensgestaltung, Vorbereitung
auf die Pensionierung.

Das gesamte Kurs-Programm findest
du unter www.movendo.ch oder in
unseren Broschüren, die wir dir gerne
zustellen (info@movendo.ch oder
Telefon 031 370 00 70).



Jonas Wydler
Redaktionsleiter von
«041 – Das Kulturmagazin»
in Luzern

Budgetlose Zeiten in Luzern

Dies ist eine Geschichte, wie sie in der
bürgerlich dominierten Politik vorkommt.
Geschehen in Luzern Anfang dieses Jahres.
Es ist ein Lehrstück über Steuersenkungs-
wahn, wehrlose Kultureinrichtungen und
Wahlkampf auf Kosten der Schwachen. Und
darüber, wie leicht es ist, den Geldfluss der
öffentlichen Hand lahmzulegen.

Der Anfang allen Übels war vergangenen
Dezember, die meisten sahen in aufge-
räumter Stimmung den Festtagen entgegen.
Gleichzeitig fielen für Kultur und Gesell-
schaft äusserst bedenkliche politische
Entscheide. Dementsprechend war das
Aufwachen im neuen Jahr von einem argen
Kater begleitet. Was war geschehen?

1. Da will eine Mehrheit im Kantonsrat
aus heiterem Himmel einen stilprägenden
Bibliotheksbau aus den Fünfzigerjahren im
Herzen der Stadt abreißen und den Platz
einem Investor überlassen – eine sorgfältig
geplante und beschlossene Sanierung soll
hinfällig werden. Das mag zunächst nach
einer eher harmlosen Lokalposse tönen,
zeigt aber, wie arg selbst in der Bildung das
Denken inzwischen geldgesteuert ist. Archi-
tekten, Denkmalschützer, Stadtpolitikerin-
nen, ja alle einigermaßen Kulturinteressier-
ten, schreien auf – und können den Abriss
nochmals verhindern.

2. Und da ist die Luzerner SVP, dafür be-
kannt, mit traumwandlerischer Sicherheit in
Fettnäpfchen zu treten. Aktuell betreibt sie
auf Kosten des Budgets Wahlkampf. Sie er-
zwingt eine chancenlose Volksabstimmung
über den – vom Parlament zuvor haushoch
gebilligten – städtischen Haushalt 2012 und
blockiert so Gelder für Sport, Kultur, Vereins-
wesen oder Kinderfreizeit in Millionenhöhe
für fast ein halbes Jahr. Schulen sagen Pro-
jekte ab, bewährte Kulturinstitutionen sind
akut bedroht. Und dies in einer Stadt, die
sich Kultur auf die Fahnen schreibt. Kaum
besser ergeht es dem Kanton, der sein Radi-
kalsparbudget auf Geheiss des Parlaments
nochmals radikalsparen muss.

Der Schock ist verdaut und es lässt sich
nüchtern analysieren: Nachdem jahrelang
die Steuern gesenkt wurden, scheint es in
der Innerschweiz tabu, die Ertragslage wie-
der anzupassen oder die Schuldenbremse
zu lockern – eher müssen Bildung, Gesund-
heitswesen und Kultur bluten.

Im Mai wählt Luzern, und es ist an der
Zeit, dass die Stadt – wie die meisten in der
Schweiz – linksregiert wird. Um die zusätz-
lichen handfesten Argumente dafür muss
man froh sein.

LE CIRQUE DES VINS

Lassen Sie sich verzaubern von unseren
 Artisten aus Europa.

**Jetzt bestellen!
 Wir schenken Ihnen
 die Versandkosten.**



Sechs europäische Bioweine als typische Vertreter ihrer Weinkultur zum Preis von Fr. 55.– (statt 63.90) verpackt in einem schönen Geschenkkarton. Die Versandkosten übernehmen wir!

Riesele Riesling aus Deutschland 2009
Rosaria Rosé aus Spanien 2009

Josefin Zweigelt aus Österreich 2009
Vincent Assemblage aus Frankreich 2009

Augusto Merlot aus Italien 2008
Don León Assemblage aus Spanien 2009

..... Bitte gleich ausfüllen und einsenden

- Senden Sie mir das Probierpaket «Le Cirque des Vins»**, pro Kunde kann nur ein Paket ohne Versandkosten bezogen werden.
- Das Probierabo der Weinhandlung am Küferweg**. 5x jährlich Flaschenpost mit ausgesuchten Neuheiten und Raritäten. Per Post erhalten Sie jeweils zwei bis drei verschiedene Flaschen für maximal Fr. 55.– (+ Porto Fr. 9.50) zugestellt.
- Senden Sie mir gratis das Küferweg-Weinbuch.**

1230

Name: _____
 Strasse: _____
 PLZ/Ort: _____
 Tel: _____
 E-Mail: _____